

Verkehr



a.t. Fahrbegünstigung. Die Finanzbehörden bleiben hart. Neue Bestimmungen und Wahlmöglichkeiten bei der Sachbezugsbesteuerung.

Soziale, Persönliche Dienste und Gesundheitsberufe



Aufgedeckt. In Wiener Krankenhäusern wurden Aushilfskräfte auf Abruf eingesetzt und unter dem kollektivvertraglichen Mindestlohn entlohnt.

Private Dienstleistungen



Tourismus. Lehrlinge werden oft als billige Hilfskräfte eingesetzt statt ausgebildet. Viele Jugendliche brechen deshalb die Ausbildung ab.

Zu verwöhnt vom Sozialstaat?

Wir alle sind vom Sozialstaat verwöhnt“, meinte kürzlich ein Industrieller. Die Aussage, dass wir über unsere Verhältnisse gelebt hätten, hören wir häufig. Aber stimmt das denn? Sind öffentliche Dienstleistungen ein unnötiger Luxus, den die Politik im Gefolge der Finanzkrise beschneiden muss? Wir befassen uns in der vida-Zeitschrift mit der Daseinsvorsorge, also damit, welche öffentlichen Dienstleistungen der Staat für die Bevölkerung bereitstellen soll.

Lange weggeschaut. Keine überbordende Leistungen, sondern im Gegenteil einen Mangel sehen ExpertInnen beim Angebot an Pflege und Betreuung. Lesen Sie mehr dazu auf Seite 3.

Staatsaufgabe. Durch die Versorgung mit öffentlichen Diensten verteilt der Staat von den Reichen zu den weniger Begüterten um. Wer die Daseinsvorsorge beschneidet, mutet den Menschen schlechtere Leistungen zu. Klar ersichtlich ist das am **Ausdünnen** des öffentlichen Verkehrs. Wilhelm Haberzettl nimmt im Interview auf Seite 4 Stellung zur aktuellen Hinterfragung der öffentlichen Dienstleistungen.

„Der Pflegeplatz für die betagte Rentnerin ist kein Luxus. Nicht leistbar ist vielmehr, dass der Staat noch immer die Vermögen der Reichen unbesteuert lässt.“

Auf nach Neuseeland. Die neue Finanzministerin Maria Fekter, die sich für die Privatisierung der ÖBB ausgesprochen hat, sollte sich auf Dienstreise nach Neuseeland begeben. Dort wurde die Bahn wieder verstaatlicht, weil ihr Verkauf an private

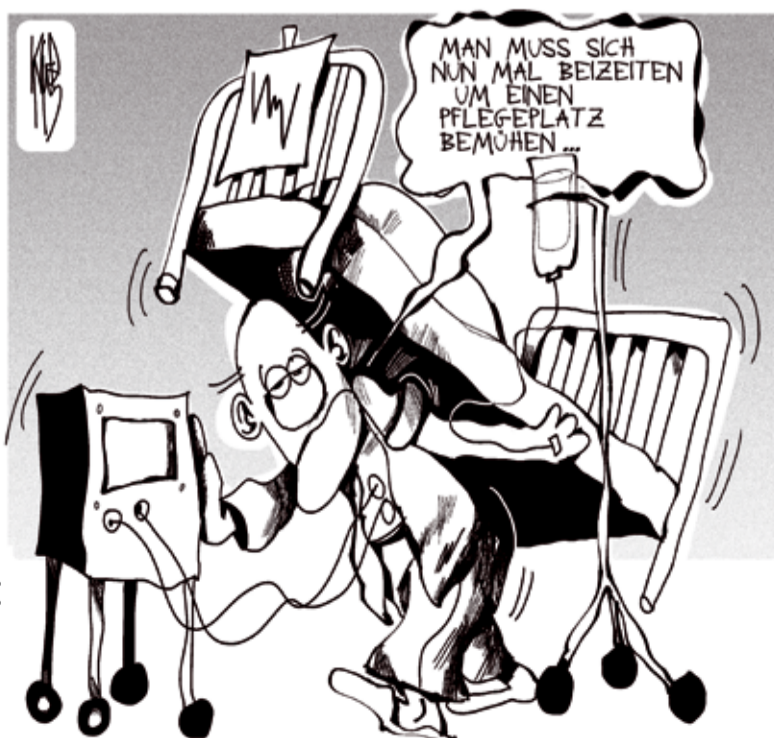
Betreiber zum Desaster geraten war. Lesen Sie mehr dazu auf Seite 5.

Fluchtbranche. Die Situation der Beschäftigten im Tourismus untersucht eine aktuelle Studie. Der Befund: Verbesserungen müssen dringend her, denn viele Beschäftigten kehren der Branche den Rücken,

weil die Arbeitsbedingungen so miserabel sind. Details zu den Studienergebnissen finden Sie auf Seite 9.



Reiche können sich in Österreich entspannt zurücklehnen, weil sie viele Steuerprivilegien genießen. Nicht der Sozialstaat ist ein Luxus, sondern das Fehlen der Vermögenssteuer.



Mutbürger statt Arbeitsklaven

Eine Fitnesscenter-Kette, die seit mehr als einem Jahrzehnt existiert, aber keinen Betriebsrat hat – weil der Chef das nicht will. Ein Dienstleistungsbetrieb, der übersiedelt – und den Beschäftigten eine Kautionskarte für die Zutrittskarte abverlangt, die sie zum Betreten ihres neuen Arbeitsplatzes benötigen. Ein Krankenhaus, das den Aushilfskräften einen Stundenlohn unter dem kollektivvertraglichen Mindestlohn bezahlt, und damit auch noch das Weihnachts- und Urlaubsgeld als abgegolten ansieht.

Kein Einzelfall. All das sind wahre Begebenheiten, bei denen sich die Chefs nicht um die Rechte der ArbeitnehmerInnen scherten. Bekannt wurden die Missstände, weil es Menschen gab, die sich mit einer derart miesen Behandlung nicht abfinden wollten. Diese Menschen, Beschäftigte und BetriebsrätInnen, zeigen Mut. Sie fordern mithilfe der Gewerkschaft ihre Rechte ein.

vida hilft. Wir helfen den ArbeitnehmerInnen dabei, Recht zu bekommen. Als Gewerkschaft haben wir viele Möglichkeiten, die Beschäftigten zu unterstützen: vida berät, vida interveniert

in den Betrieben, macht öffentlich Druck und zieht bei Bedarf für ihre Mitglieder auch vor Gericht.

Aufstehen. vida bietet tatkräftige Unterstützung, der entscheidende Faktor bleiben aber Sie. Im stillen Kammerl jammern, aber dann alle Rechtsverletzungen des Chefs hinnehmen, ist die eine Möglichkeit. Dagegen aufstehen, sich mit den KollegInnen zusammenschließen und bei der Gewerkschaft Hilfe organisieren, ist die andere. Wenn Sie sich für Letzteres entscheiden, sind wir gerne für Sie da. (mf)



Foto: ÖGB-Verlag/Paul Sturm

Sozialstaat als Krisenopfer?

Die Finanzkrise, die von den Banken sehr schnell zu einer Krise der öffentlichen Haushalte umfunktioniert wurde, zeigt nun auch auf Landesebene Nachwirkungen. Nach den Sozialkürzungen in der Steiermark, die nach heftigen Protesten etwas zurückgenommen wurden, plant Oberösterreich massive Einschnitte im Spitalsbereich. Mehr als 150.000 „WutbürgerInnen“ unterzeichneten die Petition gegen die Schließung von sieben Krankenhausabteilungen. Tatkräftig unterstützt wurden die Protestaktionen von der Gewerkschaft vida.

Verantwortung. vida tritt für gute öffentliche Dienstleistungen ein. „Wir müssen sparen. Es gibt keine Alternative“, sagen jene, die den Abbau des Sozialstaates befürworten. Doch da argumentieren sie weder ehrlich noch verantwortungsvoll.

Verschwendung. Pflege und Betreuung im Alter, ausreichend Kindergartenplätze für die Kleinen, ein gutes Öff-Netz: das sind keine Luxus-Ansprüche, sondern wichtige Leistungen, die die Menschen brauchen. Verschwendend ist dagegen, wenn der Staat auf die Besteuerung der Milliarden-geschäfte der Finanzindustrie verzichtet und die Vermögen der Reichen unbesteuert lässt.

Gegensteuern. vida wird weiter Druck für mehr Verteilungsgerechtigkeit machen. Her mit der Finanztransaktionssteuer zur Besteuerung von Finanzgeschäften, her mit der Steuer auf große Vermögen, dann ist genug Geld für gute öffentliche Dienstleistungen für die Bevölkerung da.

Rudolf Kaske
vida-Vorsitzender
rudolf.kaske@vida.at

Oberösterreich

Spitalsreform NEIN. Gesundheitsreform JA.

In Oberösterreich werden 778 Spitalbetten gestrichen und ganze Krankenhausabteilungen zugesperrt. Nach massiven Protesten gibt es erste Zugeständnisse an die Beschäftigten.



Foto: Gerald Hochrinner, GDG Produktionsagentur

1.500 Menschen protestierten in Linz gegen die massiven Einsparungen im Spitalsbereich.

Warnung: Pühringer kann Ihre Gesundheit gefährden!“ Mit diesen und ähnlichen Transparenten zogen am 9. Juni rund 1.500 Menschen durch die Linzer Innenstadt. Viele von ihnen trugen OP-Hauben, mit Trillerpfeifen machten sie ihrem Ärger Luft. Denn mit der so genannten Spitalsreform II plant die Landesregierung massive Einschnitte im Gesundheitssystem.

Schlechterversorgt. Neun Prozent der Akutbetten sollen wegfallen, vier Krankenhausabteilungen werden zugesperrt. „Dadurch ist die Notversorgung in einzelnen Regionen gefährdet“, befürchtet Markus Simböck, Betriebsratsvorsitzender im Krankenhaus St. Josef in Braunau. „Der einzige Herzkatheter im Innviertel, die Koronarangiographie-Abteilung in Simbach, wird zugesperrt. Das kann im Fall eines Herzinfarktes lebensbedrohend sein“, nennt Simböck ein Beispiel für die drohende Verschlechterung der medizinischen Versorgung.

Undurchdacht. Die „Spitalsreform“ ist ein Bettenabbau-Programm ohne dass es im Gegenzug eine finanzielle Absicherung von Ambulanzen gibt oder Ausweichmöglichkeiten auf HausärztInnen. Auch Investitionen in die Prävention fehlen. Deshalb werden die Einsparungen nicht zu einer Verringerung der SpitalpatientInnen führen, sondern lediglich zu einem Personalabbau. Die Belastung für die verbleibenden Beschäftigten wird dadurch weiter steigen, lautet ein weiterer Kritikpunkt.

150.000 Unterschriften. Landeshauptmann Pühringer erhielt von vida und einer Abordnung von BetriebsrätInnen im Zuge der Protestkundgebung ein Forderungsprogramm überreicht, das von 150.000 OberösterreicherInnen unterzeichnet worden war. Die massiven Proteste bewirkten erste Zugeständnisse der

Landesregierung an die Beschäftigten.

Zugeständnisse erreicht. „Vorher wurden die BetriebsrätInnen und die Beschäftigten ignoriert, jetzt wird mit uns gesprochen“, konnte der Landesvorsitzende der vida-Oberösterreich, Reinhold Entholzer, bei der Abschlusskundgebung über ein erstes Einlenken des Landeshauptmanns berichten. Pühringer sagte den BetriebsrätInnen bei dem Gespräch zu, dass es keine Kündigungen aufgrund der Spitalsreform geben werde. Auch in Bereichen, die nicht direkt dem Land unterstünden, werde er sich für die Einhaltung dieses Versprechens einsetzen, erklärte Pühringer in Bezug auf die Ordenskrankenhäuser. Entholzer dazu bei der Demo: „Wir alle müssen sehr wachsam sein, damit die versprochenen Zusagen auch eingehalten werden.“

martina.fassler@vida.at

Das vida-Quiz

Hätten Sie das **gewusst?**

Wir fahren mit den Öffis zur Arbeit. Wir bringen unsere Kinder in den Kindergarten und zur Schule. Wir bekommen Wasser und Strom auf schnellem und einfachem Weg. Unser Abwasser und Müll wird regelmäßig und wie von selbst entsorgt. Und wenn wir krank sind, bekommen wir die notwendige medizinische Versorgung. Kaum vorstellbar, wenn diese Leistungen nicht mehr da wären.

Soziale Dienstleistungen, öffentlicher Verkehr, Wasser- und Energieversorgung, Abwasser- und Müllentsorgung, Bildung und Kinderbetreuung, Aufgaben, die für uns alle von besonderer Bedeutung sind und dem Allgemeinwohl dienen. Sie fallen unter dem Begriff der so genannten Daseinsvorsorge. Was wissen Sie darüber? Testen Sie mit vida Ihr Wissen! Los geht's!

1) 460 Millionen Fahrgäste und knapp 133 Millionen Tonnen Güter wurden 2010 von den ÖBB transportiert. Wie viel wurde investiert?

- A) 200.000 Euro
- B) 2.000.000 Euro
- C) 2.000.000.000 Euro

2) In Österreich gibt es über 8.000 Kinderbetreuungseinrichtungen. Bei wie viel Prozent der Kindertagesheime sind öffentliche Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) für die Erhaltung zuständig?

- A) über 20 Prozent
- B) über 60 Prozent
- C) über 90 Prozent

3) Von den rund 8,3 Millionen EinwohnerInnen in Österreich werden wie viele mit Trinkwasser versorgt?

- A) rund 2,4 Millionen
- B) rund 5,4 Millionen
- C) rund 7,4 Millionen

4) Wie hoch war 2010 der Stromverbrauch in Österreich?

- A) über 68.000 Gigawattstunden
- B) über 6.800 Gigawattstunden
- C) über 680 Gigawattstunden

5) Wie viel Tonnen Abfall pro Jahr kommen in unserem Land auf?

- A) rund 5,6 Millionen
- B) rund 56,3 Millionen
- C) rund 563 Millionen

6) Wie viel Menschen in Österreich beziehen Pflegegeld?

- A) über 363.000 Menschen
- B) über 36.300 Menschen
- C) über 3.630 Menschen

7) In der Politik wird immer wieder der Ruf nach Deregulierung, Flexibilisierung und Privatisierung laut – so nach

dem Motto Mehr Privat, weniger Staat. Das ist auch der Titel eines Buches, geschrieben von welchem Politiker?

- A) Karl-Heinz Grasser
- B) Josef Pröll
- C) Wolfgang Schüssel

Übrigens, wie es auch anders gehen kann, sehen Sie unter <http://film.vida.at>

Richtige Antwort: 1) C) 2 Mrd. Euro lt. ÖBB Bilanz 2010, 2) B) über 60 Prozent lt. Statistik Austria 2010, 3) C) rund 7,4 Mio. lt. ÖVGW, 4) A) über 68.000 GWh lt. E-Control, 5) B) rund 56,3 Mio. lt. Umweltbundesamt, 6) B) über 36.300 Menschen lt. Hauptverband der Sozialversicherungsträger 2010, 7) C) Wolfgang Schüssel

Nur eine kurze **Atempause**

Wir werden immer älter, der Bedarf an Pflege und Betreuung steigt. Der Pflegefonds, der im Mai beschlossen wurde, mildert das Finanzierungsproblem nur kurzfristig. Eine nachhaltige Lösung muss her.



Gut, dass die Menschen in Österreich immer länger leben. Was noch fehlt, ist ein ausreichendes Angebot an Pflege und Betreuung samt dazugehöriger Finanzierung.

Foto: Fotolia/Alta.C

Wissen Sie wie alt der Durchschnittsbürger aktuell ist? Herr und Frau Österreicher sind im Schnitt 41 Jahre, die Bevölkerung ist seit 1990 um fünf Jahre gealtert. 2040 wird jeder Dritte in Österreich älter als 60 Jahre sein. „Es ist erfreulich, dass die Menschen länger leben. Damit alle im Alter gut versorgt sind, muss unser Sozialsystem aber an diese Veränderungen angepasst werden“, sagt der stellvertretende vida-Vorsitzende Willibald Steinkellner.

Kopf in den Sand. Bei der Pflege und Betreuung kommt die öffentliche Finanzierung aus mehreren Quellen. Bund, Länder und Gemeinden sind gemeinsam verantwortlich. „Allen war bewusst, dass für Pflege und Betreuung mehr Geld aufgebracht werden muss. Doch lange Zeit herrschte unter den PolitikerInnen eine Vogel-Strauß-Politik. Der Rechnungshof hat vergangenes Jahr scharf kritisiert, dass ein Finanzierungskonzept und Ausbaupläne fehlen“, meint Steinkellner. Laut einer Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts werden die Kosten für Pflege und Betreuung in den nächsten Jahren massiv ansteigen. „Der

Aufwand für das Pflegegeld und für Sachleistungen wird sich bis 2020 auf rund 5,6 Milliarden Euro pro Jahr erhöhen. Das ist eine Steigerung um mehr als 40 Prozent“, sagt vida-Wirtschaftsexperte Philip Gastinger.

Einschnitte. Die Finanzknappheit bekommen die Beschäftigten, von der Heimhilfe bis zur diplomierten Krankenschwester, zu spüren. „Der Arbeitsdruck ist immens gestiegen. Die Zeit, die pro KlientIn zur Verfügung steht, wurde reduziert“, berichtet vida-Fachgruppensekretärin Michaela Guglberger. Das Einkommen für die so wichtige und anstrengende Arbeit in Pflege und Betreuung liegt um 17 Prozent unter dem Durchschnittseinkommen

Flexibel sein. Belastend ist für viele Beschäftigte auch, dass ihre Dienstpläne aufgrund der Personalknappheit laufend abgeändert werden. Das trifft selbst

ArbeitnehmerInnen, die nicht unmittelbar in der Pflege und Betreuung arbeiten, berichtet Hans Matis. Matis ist stellvertretender Zentralbetriebsrat im Kuratorium der Wiener Pensionistenwohnhäuser. „Wenn in einem Haus eine Köchin oder eine Wäscherin fehlt, werden Beschäftigte aus einem anderen Haus für eine Zeit dorthin abkommandiert. Dazu kommt, dass die Beschäftigten laufend neue und zusätzliche Tätigkeiten übernehmen sollen“, kritisiert Matis.

Sparstift. Das Kuratorium der Wiener Pensionistenwohnhäuser mit seinen 31 Pensionistenwohnheimen bekommt heuer von Wien über den Fonds Soziales Wien voraussichtlich weniger Förderung als im Vorjahr. „Das Geld muss aber irgendwo herkommen. Schon in den vergangenen Jahren wurden den BewohnerInnen Pflege- und Betreuungsleistungen gesondert verrechnet. Ab heuer müssen

auch kleinere Handwerkerdienste, wie das Einstellen der Sender am Fernseher, extra bezahlt werden“, erzählt Matis.

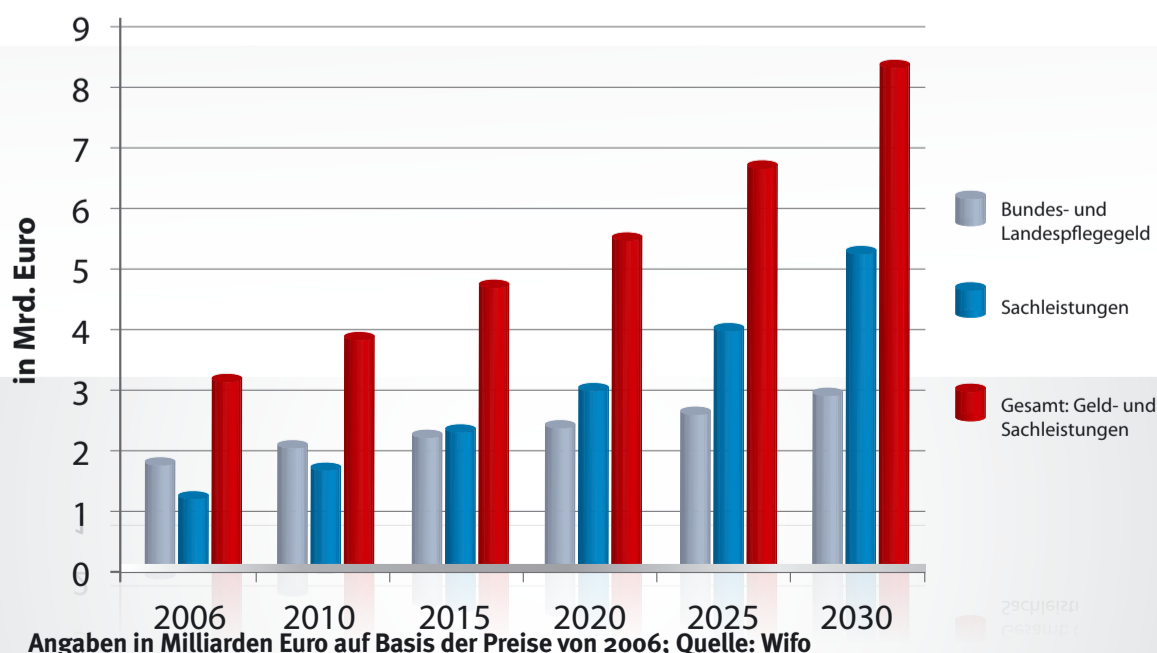
Zugang erschwert. Mit Jahresbeginn wurden österreichweit die Kriterien für den Erhalt des Pflegegeldes der Stufen 1 und 2 verschärft. Viele Pflegebedürftige stellen nun aus Angst, dass sie die aktuelle Einstufung verlieren, keinen Antrag auf Erhöhung des Pflegegeldes. „Sie fürchten, runtergekürzt zu werden“, sagt der Betriebsrat. Finanziell eng wird es auch für viele private Pflege- und Betreuungsorganisationen in Salzburg. Denn das Land hat den Betreibern heuer die kollektivvertragliche Lohnerhöhung der Beschäftigten nur zum Teil abgegolten.

Aufgerüttelt. „Angesichts dieser Lage war es höchst an der Zeit, dass sich Bund, Länder und Gemeinden nun auf einen Pflegefonds geeinigt haben. Damit gibt es aber maximal eine kurze Atempause. Zurücklehnen dürfen sich die Politiker jetzt nicht, wir brauchen eine langfristige Lösung“, sagt Steinkellner. Der Pflegefonds der Regierung sieht vor, dass bis 2014 insgesamt 685 Millionen Euro zusätzlich in Pflege und Betreuung fließen sollen. Was danach kommt, ist noch ungewiss.

Für Systemwechsel. Für die Kosten eines Pflegeplatzes wird derzeit auf das Einkommen und Vermögen des Pflegebedürftigen zurückgegriffen. „Das gilt auch rückwirkend, wenn das Haus an den Sohn vererbt wird und die Mutter einige Zeit später ins Pflegeheim kommt“, sagt Steinkellner. Auch der Ehepartner wird zur Kasse gebeten, die Steuermark nimmt auch die Kinder wieder in die Pflicht. „Zynisch gesagt gilt derzeit für jene, die zum Pflegefall werden, eine Vermögenssteuer bis zu hundert Prozent. Eine solidarische Finanzierung schaut anders aus“, erklärt Steinkellner. vida und die GPA-djp haben ein Modell eines Pflegefonds erarbeitet, das eine solidarische und langfristige Absicherung der Pflege ermöglicht. Steinkellner zu dem Modell: „Wir wollen einen Pflegefonds, der sich insbesondere aus einer Vermögenssteuer und einer reformierten Erbschaftssteuer speist. Wenn alle Wohlhabenden einen fairen Anteil in unser Steuersystem leisten, dann ist die Pflege finanzierbar, ohne dass der Einzelne, der einen Pflegeplatz braucht, sein gesamtes Hab und Gut hergeben muss.“

martina.fassler@vida.at

Der Anstieg der Kosten für Pflege und Betreuung



INFO

Der Pflegefonds der Zukunft

Was das Modell von vida und der GPA-djp vorsieht

Zum überwiegenden Teil soll die Finanzierung über vermögensbasierte Steuern erfolgen. Ein wichtiger Vorteil dieses Modells ist, dass durch die Besteuerung von Vermögen der Zugriff auf das Ersparte und den Besitz des einzelnen Pflegebedürftigen wegfällt, da diese Vermögen schon zur Finanzierung der Pflegevorsorge beigetragen haben. Die Finanzierung wird somit auf solidarischere Beine gestellt und Erben müssen nicht mehr Angst vor einem rückwirkenden Zugriff auf ihr Erbe haben.

Daseinsvorsorge

Wesentliches Element der Umverteilung

Der stellvertretende vida-Vorsitzende und ÖBB-Konzernbetriebsratsvorsitzender Wilhelm Haberzettl im Interview mit Journalist Hannes Hofbauer über die Folgen der Sparpolitik, die Hinterfragung der Grundversorgung und den Kampf der Gewerkschaften gegen den Rückzug des Staates.



Grundversorgung für alle. vida tritt mit aller Kraft dafür ein, öffentliche Dienste zu verteidigen und voranzubringen.

H. Hofbauer: Wir erleben zur Zeit eine Parallelität in der politischen Entwicklung. Auf der einen Seite kann ein Rückzug des Staates beobachtet werden, auf der anderen Seite ein Anwachsen der potentiellen Aufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge, ob das nun in der Infrastruktur, im Gesundheits- und Pensionswesen oder in der Bildung ist. Wohin führt uns diese Entwicklung?

Haberzettl: Dieses kurz umrissene Drohpotential stellt nicht nur für die Gewerkschaften, sondern für das gesamte gesellschaftliche Gefüge eine enorme Gefahr dar. Als Folge des aktuellen, angeblich alternativlosen Sparens werden in Europa und weltweit letztendlich die gemeinwirtschaftlichen Kompetenzen einer Gesellschaft hinterfragt. Das Drohpotential, dem wir gegenüberstehen, bedeutet, dass sich Staaten aus der Bestellung gemeinwirtschaftlicher Aktivität weitestgehend zurückziehen. Das endet mit der Hinterfragung, wie weit überhaupt eine Grundversorgung durch den Staat zu erfolgen hat.

H. Hofbauer: Österreich kennt seit Mitte der 1980er Jahre Privatisierungsprozesse. Anfänglich waren diese auf den Produktions- und Bankensektor beschränkt. Ist nun die Substanz von gesellschaftlichen Vorsorge- und Daseinsbereichen an der Reihe?

Haberzettl: Ja, aber nicht ausschließlich über die Privatisierung. In Österreich wurde gesellschaftlich und politisch definiert, was unter Gemeinwirtschaft zu verstehen ist. Zum Beispiel im Gesundheitswesen eine Grundversorgung, die sehr tief geht. Auch im Verkehrsbereich kann man Ähnliches konstatieren. Hier sind einerseits die Kommunen, andererseits der Bund zuständig. Umgelegt auf diesen Bereich lautet die Frage: Beginne ich meine Grundversorgung in der Früh um 5 Uhr oder um 7 Uhr? Wenn ich erst um 7 Uhr mit der Nahverkehrsversorgung zwischen dem Waldviertel und Wien beginne, kann der Bund einsparen, allerdings auf Kosten der Kunden, der Benutzer der öffentlichen Verkehrsmittel. Diese müssen dann auf private Verkehrsmittel ausweichen.

H. Hofbauer: An welchen Punkten kämpft die Gewerkschaft gegen diesen Rückzug des Staates?

Haberzettl: Die Gewerkschaft muss grundsätzlich daran interessiert sein, die Daseinsvorsorge so stabil wie möglich zu halten. Denn Daseinsvorsorge ist ein wesentliches Element der Umverteilung. Dazu gehören die Mobilität und das Gesundheitswesen genauso wie die Bildung.

H. Hofbauer: Das heißt, wir haben es mit einem tiefgehenden gesellschaftlichen Problem zu tun. Sehen das alle Beteiligten so?

Haberzettl: Ich denke schon. Nicht umsonst beginnt Brüssel gerade eine Diskussion darüber, die Zulässigkeit der Ge-

staltung von Daseinsvorsorge in der Europäischen Union zu regeln. Und das halte ich für extrem gefährlich. Denn ich gehe davon aus, dass Brüssel die Qualität nicht nach oben schraubt, sondern nach unten, weil ja das Sparziel im Vordergrund steht.

H. Hofbauer: Geht es dabei nur um Qualität oder auch um die Öffnung der gemeinwirtschaftlichen Daseinsvorsorge für private Anbieter und Investoren?

Haberzettl: Das wäre auch vernünftig verhandelbar. Im Verkehrsbereich zum Beispiel ist in Brüssel sechs Jahre darum verhandelt worden. Herausgekommen ist unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips ein hoher Gestaltungsspielraum für die einzelnen Mitgliedsstaaten. Gleichzeitig werden die Spielregeln aus der Arbeitnehmervertretungssicht zugelassen, nämlich soziale Standards und Lohnstandards sowie auch Qualitätsstandards für die Verbraucher bei Ausschreibungen für diesen angesprochenen Wettbewerb zu definieren. Wenn ein solches Instrument

einer Ausschreibung z.B. im Nahverkehr genützt wird, was nicht zwingend vorgeschrieben ist, dann bräuhete man diese Entwicklung nicht zu fürchten. Aber ich stelle mit Bedauern fest, in Österreich nutzt es niemand. Laufend wird einzig nach dem Bestbieterprinzip ausgeschrieben, soziale Standards werden nicht eingefordert. Das ist dann wirklich ein fataler Weg.

H. Hofbauer: Viele würden das, worüber wir eben gesprochen haben, ähnlich einschätzen. Warum kommt diese Position dennoch nicht zum Durchbruch?

Haberzettl: Wir tun unser Möglichstes. 2011 stellt die Gewerkschaft vida unter das Schwerpunktthema Daseinsvorsorge. Intern tun wir uns da relativ leicht. In den Medien ist das schon schwieriger. Denn kaum ein Journalist will oder kann tief genug in die Thematik eintauchen.

hobfauer@mediashop.at

Das Interview in voller Länge ist in lunapark21 erschienen.

LESETIPP

Daseinsvorsorge und Demokratie

lunapark21 Extra 04/Mai 2011, herausgegeben von Gewerkschaft vida, dem deutschen Verein Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) und der lunapark21-Redaktion, EUR 4,- Die ersten 50 InteressentInnen erhalten ein kostenloses Exemplar: wirtschaft@vida.at

LESETIPP

Daseinsvorsorge und Demokratie

lunapark21 Extra 04/Mai 2011, herausgegeben von Gewerkschaft vida, dem deutschen Verein Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) und der lunapark21-Redaktion, EUR 4,- Die ersten 50 InteressentInnen erhalten ein kostenloses Exemplar: wirtschaft@vida.at



Die Zukunft beginnt **jetzt!**

vida fordert einen umweltfreundlichen Güterverkehr mit fairem Wettbewerb und ohne Sozialdumping.

Österreich hat sich durch den Kyoto-Vertrag zur Verringerung seiner Treibhausgas-Emissionen verpflichtet. Der CO₂-Ausstoß ist allerdings massiv angestiegen. Das liegt auch daran, dass dem Lippenbekenntnis zur Verkehrsverlagerung von der Straße auf Schiene und Schiff keine Taten folgten. Greenpeace, EVN und vida beauftragten das Institut für höhere Studien (IHS) mit einer Studie, wie Österreich bis zum Jahr 2050 klimafreundlicher werden könnte. Das IHS-Fazit: Der Güterverkehr wird insgesamt leicht sinken, der Anteil der Bahn sollte aber von derzeit 15,9 Milliarden binnen 40 Jahren auf 27 Milliarden Tonnenkilometer gesteigert werden.

Falsche Anreize. Dem Wunsch nach einer umweltfreundlichen Abwicklung des Güterverkehrs steht das entgegengesetzte Agieren der Politik gegenüber. Bisher hat die Regierung durch so genannte Gemeinwirtschaftliche Leistungen den Schienengüterverkehr finanziell gefördert. Österreich ist Spit-

zenreiter beim Anteil des geförderten Schienengüterverkehrs. Aufgrund der Sparvorgaben des Finanzministeriums wurden und werden die Förderungen für den Güterverkehr jedoch permanent gesenkt.

Kurzichtiges Agieren. Dieser Sparpolitik könnten langfristig auch Einzelsendungen (Stückgut) auf der Schiene zum Opfer fallen, obwohl deren Förderung EU-konform wäre und einen hohen Beschäftigungseffekt hat. Anstatt zu überlegen, wo man durch einen Förder-Euro den höchsten gesamtwirtschaftlichen Effekt erzielen könnte, werden nach zweifelhaften betriebswirtschaftlichen Kriterien Verkehre eingestellt. Damit verschlechtert sich die Rentabilität des Gesamtsystems Eisenbahn. Auch die Lebensqualität der AnrainerInnen der betroffenen Strecken wird sich verschlechtern, wenn an ihren Fenstern noch mehr LKW vorbeirauschen.

Arbeitsplätze. Bei der Förderung nach einer umweltfreundlichen Gestaltung des



Derzeit werden die Förderungen für den Güterverkehr per Schiene gesenkt – ein Umdenken ist dringend angesagt, im Sinne von Mensch und Umwelt.

Güterverkehrs geht es nicht darum, den ÖBB mehr Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Es geht darum, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten einen umweltfreundlichen Verkehrsträger mit hohem Beschäftigungseffekt zu fördern. Der Güterverkehr ist schon lange liberalisiert und seine Stützung kommt allen Güterbahnen in Österreich zugute.

Allerdings begnügen sich die meisten privaten Bahnen mit dem „Rosinenpicken“ bei leicht abzuwickelnden Verkehren und „überlassen“ die Flächenfeinverteilung (z.B. durch Einzelwagenverkehr) der ÖBB-Güterverkehrstochter RCA.

Lohndumping eindämmen. Neben der direkten Förderung des Schienengüterverkehrs gibt es

die Möglichkeit, die Kosten der unterschiedlichen Verkehrsträger anzugleichen. Damit könnten die Dumpingpreise der LKW-Frächter vermieden werden. Denn der Wettbewerbsvorteil der Straße geht auf Kosten der LKW-Lenker, deren Arbeitsbedingungen vida immer wieder kritisiert.

anna.daimler@vida.at

Neuseelands Eisenbahn: **Privatisiert und reverstaatlicht**

Die Privatisierung geriet zum Desaster. Unsere PolitikerInnen sollten daraus lernen.



Eine Dienstreise nach Neuseeland würde Ministerin Fekter gut tun. Sie fordert den Ausverkauf der ÖBB - Neuseeland will nichts mehr von einer Privatisierung der Bahn wissen.

Neuseeland wurde in vergangenen Jahren stets als Schrittmacher von Liberalisierung und Privatisierung gesehen. Neben der Telekom, Stromfirmen und Banken wurde 1993 auch die Staatsbahn - inklusive Schienennetz, Personen- und Frachtparte - verkauft.

Trendwende. Als 1998 im Norden des Landes das – privatisierte – Stromnetz für 66 Tage zusammenbrach, setzte eine Trendumkehr ein. Schrittweise wurden ehemalige Staatsbetriebe wieder verstaatlicht. Nachdem schon zuvor das Schienennetz wieder unter öffentliche Kontrolle gebracht worden war, erfolgte 2008 die Verstaatlichung des Eisenbahnbetriebers. Vorangegangen war ein Konflikt über das Schienentgelt. Der private Betreiber Toll NZ zahlte für die Nutzung des 4000 Kilometer langen Streckennetzes jährlich 48 Millionen Neuseeland-Dollar* an Schienenmaut an die staatliche ONTRACK, weitere 10 Millionen schoss der Staat zu. 2006 drohte Toll NZ mit Fahrplanausdünnungen, falls

die Regierung nicht ihre Einwilligung zu einem geänderten und langfristigen Vertrag geben würde.

Teures Abenteuer. Für den Rückkauf der Eisenbahn und der Fähren, die die beiden Hauptinseln verbinden, zahlte der Staat 665 Millionen Neuseeland-Dollar. Laut Schätzungen machte der Wert des Betriebsvermögens allerdings nur 430 Millionen Dollar aus, womit Toll durch den Verkauf einen satten Gewinn von rund einer Viertelmilliarde Dollar einstreifte. Doch neben dem überkauften Kauf müssen die neuseeländischen SteuerzahlerInnen noch weiteres Geld in die Hand nehmen: Für die Modernisierung der Gleisanlagen und des rollenden Materials werden 400 Millionen Neuseeland-Dollar veranschlagt.

Staatsaufgabe. Der neuseeländische Finanzminister Michael Cullen brachte es auf den Punkt: „Der Verkauf der staatlichen Bahn zu Beginn der 90er Jahre und der danach folgende Niedergang des Ver-

mögens war eine schmerzliche Lektion für Neuseeland.“ Es habe sich gezeigt, dass es äußerst schwierig sei, ein profitables Unternehmen, das einen Beitrag zur wirtschaftlichen und ökologischen Entwicklung Neuseelands leisten soll, ohne Unterstützung der Regierung zu betreiben. „Die Modernisierung der Bahn soll ein Schritt beim Aufbau eines nachhaltigen Verkehrsnetzes sein“, erklärte die Ministerpräsidentin Helen Clark nach der Verstaatlichung.

Aus Fehler lernen. Der Finanzexperte Brian Gaynor hat errechnet, dass das Privatisierungsabenteuer den Staat insgesamt vier Milliarden Neuseeland-Dollar gekostet hat. Der Vorsprung, den Neuseeland sowohl bei den Privatisierungen, als auch Verstaatlichungen hat, erlaubt es uns Europäern, aus den Fehlern zu lernen und so manches Privatisierungs-Desaster zu vermeiden.

heinz.hoegelsberger@vida.at

* 1 Neuseeland-Dollar = 0,55 Euro (Mai 2011)

Stirbt der ländliche Raum?

Aus eigenständigen Wirtschafts- und Lebensräumen wurden monostrukturelle Schlafdörfer. Ein Bericht über Ursachen und Wirkungen dieser Entwicklung.

Sofern es sich nicht um klassische Tourismusgebiete handelt, haben die peripheren Regionen Österreichs in den vergangenen Jahrzehnten beständig an Substanz eingebüßt. Eingeleitet durch den Bedeutungsverlust der Landwirtschaft und verstärkt durch den Motor der Zentralisierung – das Auto – wurde der ländliche Raum in den letzten 40 Jahren buchstäblich entleert.

Kein Job im Dorf. „Noch in den 50er-Jahren“, rechnet Hermann Knoflacher, Professor für Verkehrsplanung an der Technischen Universität Wien, vor, „bot die lokale und regionale Wirtschaft fast allen im Dorf Arbeit. 25 Jahre später gab es in niederösterreichischen Gemeinden mit 2.000 Einwohnern so gut wie keinen einzigen Arbeitsplatz mehr.“ Wirtschaftsförderung erfolgte in Österreich nicht durch die Stärkung disperser Strukturen sondern nach dem schlichten Rezept: Der Staat baut schnelle Straßen aufs Land, die Menschen kaufen sich Autos – und liefern sich selbst den Arbeitsstätten in den Zentren zu. Dass damit nicht nur der neue Berufszweig des Pendlers geschaffen wurde, sondern durch die Mobilität nahezu alle Funktionen aus den Dörfern abgezogen werden, wurde dabei offensichtlich übersehen.

Geschäftssterben. Menschen, die täglich in die Stadt zur Arbeit fahren, besorgen ihre Einkäufe eher in den günstigeren Supermärkten am Weg nach Hause, als bei den örtlichen Nahversorgern. Dies führte zum Niedergang des Einzelhandels in ländlichen Gemeinden. Jenen Teilen der ländlichen Bevölkerung, die oft über kein Auto verfügen – Kindern und Jugendlichen, Hausfrauen, älteren oder in ihrer Mobilität eingeschränkten Menschen – wurde damit die Grundversorgung entzogen.

Nichts mehr los. Wer täglich in der Stadt arbeitet, verliert irgendwann den Kontakt zur Gemeinschaft im Ort. Darunter leiden die Vereine, darunter leidet die regionale Kultur, darunter leidet die Gastronomie.



Ausgedünnte Fahrpläne und aufgelassene Buslinien – die Realität in vielen Gemeinden am Land.

So verwundert es nicht, dass sozial veröden Regionen seit Jahrzehnten von Abwanderung betroffen sind – was den Niedergang der Dörfer nur noch weiter vorantreibt. Gasthäuser, Kindergärten und Schulen schließen, in den Kirchen findet nur noch alle paar Wochen eine Messe statt und der nächste Arzt findet sich zwei Gemeinden weiter.

Leere Gemeindekassen. Das Absterben der lokalen Betriebe hat zur Folge, dass die Gemeinden kaum noch Steuereinnahmen haben. Und die staatlichen Zuwendungen im Rahmen des Finanzausgleichs sinken mit der Zahl der EinwohnerInnen. Die Ausdünnung der Peripherie führt auch dazu, dass die Auslastung der öffentlichen Verkehrsmittel beständig sinkt. Die Verkehrsträger reagieren darauf mit einer Ausdünnung ihrer Netze und ihrer Fahrpläne (siehe die beständige Stilllegung von Bahnnebenstrecken) – anstatt, wie etwa in der Schweiz, durch eine Ausweitung ihres Angebots neue Fahrgäste zu gewinnen und die peripheren

Standorte aufzuwerten. Der österreichische Weg der „nachfrageorientierten Verkehrspolitik“ hingegen verringert die Attraktivität von Bus und Bahn nur noch weiter und trifft vor allem wieder diejenigen, die über kein Auto verfügen.

Viel Geld fürs Auto. Die Österreicher geben laut VCÖ durchschnittlich 17 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens für ihre Fortbewegung aus (in den 50er-Jahren waren es noch 5 Prozent). In dünn besiedelten Regionen hingegen, wo Haushalte mit vier erwachsenen Familienmitgliedern auch drei bis vier Autos besitzen, kann der Anteil der Mobilitätskosten auf 40 bis 50 Prozent ansteigen. Der Verkehrswissenschaftler Wolfgang Rauh legt diese Zahlen auf den Werktag eines Pendlers um: „Arbeitskräfte aus dem mittleren Burgenland arbeiten oft bis Mittag, um ihre täglichen Fahrtkosten nach Wien und retour zu finanzieren. Erst was am Nachmittag verdient wird, bleibt für die Familien über.“

Städter am Land. Die schnellen Verbindungen zwischen Stadt und Land sind keine Einbahnstraßen. Die zunehmende Unwirtlichkeit der Großstadt machte für immer mehr Menschen das „Häuschen im Grünen“ zur idealen Lebensform. Die Ausformung dieser „Siedlerbewegung“ sind jene unansehnlichen Einfamilienhausgebiete abseits der Ortskerne, die für die darbenenden Dörfer kaum Impulse bedeuten, da die NeubürgerInnen nach wie vor in der Stadt ihrer Arbeit nachgehen, ihre Einkäufe tätigen und ihre sozialen Kontakte pflegen. Gravierend sind die negativen Effekte: die Zersiedlung der Landschaft, eine nicht zu unterschätzende Verkehrsbelastung sowie hohe Infrastrukturkosten für die Gemeinden. Diese müssen für die Aufschließung des Neubaulands durch Straßen, Wasser, Kanalisation und andere Infrastrukturleistungen aufkommen und belasten ihre Budgets auf Dauer durch die laufenden Erhaltungskosten.

Spät und falsch reagiert. Interventionen seitens der öffentli-

chen Hand, wie die Förderung von Betriebsansiedlungen, erfolgten verspätet und sind mehrheitlich gescheitert. Anstatt nun nachhaltigere Modelle zur Stärkung der regionalen Wirtschaftsstrukturen zu unterstützen, schwächte die öffentliche Hand die peripheren Regionen zuletzt durch Einsparungsmaßnahmen wie die Schließung von Postämtern, Polizeiposten, Bezirksgerichten oder auch von Niederlassungen der Bauernkammer.

Vor Ort aktiv werden. „Von oben“ dürfte der ländliche Raum demnach kaum die nötigen Impulse für eine zukunftsfähige Entwicklung erhalten. Es scheint an den lokalen und regionalen AkteurInnen selbst zu liegen, mit Kreativität und Innovationsgeist die Weichen für ein Überleben des Landes zu stellen.

Dr. Reinhard Seiß

Über den Autor: Dr. Reinhard Seiß ist Raumplaner, Filmemacher und Fachpublizist in Wien und Mitglied der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung.

Anmelden statt schwarz beschäftigen

Putzen, bügeln, aufräumen – diese Arbeit haben viele Haushalte ausgelagert. Oft stammt die „Putzfrau“ aus Osteuropa, meist ist sie nicht angemeldet. Seit Mai ist unser Arbeitsmarkt für Beschäftigte aus acht osteuropäischen EU-Staaten offen. Damit können nun auch die Haushaltshilfen aus diesen Ländern offiziell beschäftigt werden.

Zur Bezahlung von stundenweise eingesetzten Haushaltshilfen eignet sich zum einen der Dienstleistungsscheck. Der Scheck kann in Trafiken, Postämtern und beim Kompetenzzentrum Dienstleistungsscheck der Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau erworben werden. Seit Mai kann man die Schecks auch online kaufen. Bei der erstmaligen Verwendung müssen ArbeitgeberIn und ArbeitnehmerIn gemeinsam ein Beiblatt ausfüllen.

Verdienstobergrenze. Die monatliche Obergrenze für die Entlohnung mit Dienstleistungsscheck liegt bei 512,36 Euro pro Haushalt. „Das entspricht der Geringfügigkeitsgrenze von 374,02 Euro plus der anteiligen Sonderzahlung und einer Urlaubersatz-Lei-

stung, als Abgeltung dafür, dass diese Beschäftigten keinen bezahlten Urlaub in Anspruch nehmen können“, sagt vida-Bundesfachgruppensekretärin Michaela Guglberger. Der Vorteil für die Beschäftigten: Sie sind unfallversichert.

Mindestlohn gilt. Wie viel man seiner Haushaltshilfe bezahlt, ist Vereinbarungssache – solange man den geltenden Mindestlohn einhält. Der Mindestlohn liegt in Wien im ersten Beschäftigungsjahr bei 9,27 Euro die Stunde. In diesem Betrag eingerechnet ist bereits die Abgeltung des Urlaubersatzes und der Sonderzahlung. „Wer seiner Reinigungskraft in Wien mit dem Dienstleistungsscheck einen Lohn von zehn Euro pro Stunde bezahlt, hält den Mindestlohn ein. In Vorarlberg wäre

das aber zu wenig“, sagt Guglberger. Denn für jedes Bundesland gilt ein eigener Mindestlohn und im Westen sind die Löhne höher als im Osten.

Ohne Schutz. Wer mit dem Dienstleistungsscheck entlohnt wird, hat im Krankheitsfall kein Anrecht auf eine Fortzahlung des Entgelts. „Das Arbeitsrecht gilt hier nicht“, kritisiert die Gewerkschafterin. Anders ist das, wenn man seine Haushaltshilfe als geringfügig Beschäftigte bei der Gebietskrankenkasse anmeldet.

Mehr Rechte. Denn geringfügig Beschäftigte haben bei Erkrankung Anspruch auf Entgeltfortzahlung für zumindest sechs Wochen. Auch das Recht auf bezahlten Urlaub und auf die vollen Sonderzahlungen hat die Haushaltshilfe in diesem Fall. „Die Anmeldung der Reinigungskraft als geringfügig Beschäftigte ist deshalb aus meiner Sicht die fairere Variante“, meint Guglberger.

Abgaben. An Zusatzkosten fällt bei beiden legalen Beschäftigungsformen der Arbeitgeberbeitrag für die Unfallversicherung an, bei der geringfügigen Beschäftigung kommt ab dem zweiten Beschäftigungsmonat der Beitrag für die Mitarbeitervorsorgekasse dazu.



Sie haben das Putzen oder Bügeln ausgelagert? Melden Sie Ihre Reinigungskraft an, denn ein legaler Job ist der bessere Job.

Foto: Fotolia/Kzenon

Hilfestellung. Eine Hürde, die es bei der Anmeldung der Haushaltshilfe als geringfügig Beschäftigte zu überwinden gilt, ist der Verwaltungsaufwand. Damit die Anmeldung Ihrer Reinigungskraft nicht daran scheitert, finden Sie

Details dazu auf www.vida.at. Auch die aktuellen Mindestlöhne in allen Bundesländern für Beschäftigte im Privathaushalt haben wir für Sie auf unserer Website zusammengefasst.

martina.fassler@vida.at

WEBTIPP

www.vida.at

www.dienstleistungsscheck-online.at



Cyber Mobbing

Erst denken, dann posten.

Die meisten Jugendlichen pflegen ihre Freundschaften auf Facebook. Dabei wird auch gerne über die Arbeit gelästert und manchmal darauf verges-

sen, welche beruflichen Konsequenzen das haben kann. Sich den Frust über die Arbeit bei guten Freunden von der Seele reden, kann gut tun und ist auch wichtig – verbringt man doch sehr viel Zeit am Arbeitsplatz und da kann sich so einiges an Ärgernis bis zum Feierabend oder Wochenende

ansammeln. Da ist es nahe liegend, dass hin und wieder der beziehungsweise die Vorgesetzte erhalten muss.

Chef-Lästerei. „Die meisten meiner Freunde sind auf Facebook und die kontaktiere ich täglich“, erzählt ein Lehrling, der anonym bleiben will. „Natürlich wird auch über die Arbeit geschrieben und Gedanken ausgetauscht, aber mit dem Lästern über meinen Chef habe ich aufgehört.“ Vor einigen Wochen wurde er plötzlich von seinem Vorgesetzten für ein Gespräch ins Büro geholt. „Ich war total überrascht, dass er seinen Spitznamen kannte. Den habe ich immer auf Facebook verwendet, wenn ich mich über die Arbeit aufregte“, erzählt er und ergänzt: „Daraufhin habe ich mich auch bei ihm entschuldigt und wir hatten ein offenes Gespräch über die Dinge, die mich im Arbeitsalltag manchmal ärgern. Seither ist das Verhältnis zwischen uns

viel besser, und es macht am Morgen wieder mehr Spaß, zur Arbeit zu gehen.“

Entlassungsgrund. In manchen Betrieben gibt es auf Facebook offene Gruppen, die auch für das Ausbildungspersonal zugänglich sind. „Da kann es schon vorkommen, dass ein Lehrling darauf vergisst und einfach gedankenlos etwas Böses über den Lehrberechtigten bzw. über die Lehrberechtigten oder den Betrieb postet“, erklärt Christian Schlagbauer, Bundesjugendsekretär bei der Gewerkschaft vida. „Beleidigungen des Arbeitgebers bzw. der Arbeitgeberin stellen – so wie sonst auch – prinzipiell einen Entlassungsgrund dar. Egal, ob es in der realen oder virtuellen Welt passiert“, erklärt Matthias Schachner, Jurist für Arbeitsrecht bei vida.

Sensibilisierung. „Wir als vida Jugend und JugendvertrauensrätInnen wollen unsere KollegInnen für das Thema

sensibilisieren. Derzeit erarbeiten wir ein Konzept, in welcher Art die Aufklärungsarbeit umgesetzt werden soll“, schildert Simon Kreutzer, Jugendvertrauensrat in der OBB-Lehrwerkstätte in der Innstraße im zweiten Wiener Gemeindebezirk, und ergänzt: „Wir wollen einfach unseren ArbeitskollegInnen klar machen, dass sie erst denken und dann posten sollen.“

patrick.nikitser@vida.at



Foto: vida Jugend

INFO



Bei Fragen zum Thema Cyber Mobbing kontaktieren Sie einfach die Abteilung Jugend:

Gewerkschaft vida
Abteilung Jugend
Tel: (01) 53 444 79 062
Fax: (01) 53 444 102 300
E-Mail: jugend@vida.at
Internet: www.vidajugend.at

SSC Reisen für vida Mitglieder

Gerade rechtzeitig zum Sommerbeginn bietet vida in Kooperation mit den ÖBB Shared Service Center (SSC)-Reisebüros preisgünstige Urlaubsangebote für alle Mitglieder an.

vida Mitglieder erhalten gegen Vorlage der vida Card bis zu vier Prozent auf ihre Buchung. Für aktive MitarbeiterInnen und PensionistInnen der ÖBB bleiben die bisherigen Konditionen aufrecht. Nähere Infor-

mationen zu den Angeboten und die genauen Vergünstigungen erhalten Sie bei SSC Reisen.

INFO



Auskunft und Buchung

SSC Reisen:
Tel: 01/93000-35414 oder
33082
E-Mail: reisen.mitarbeiter@oebb.at



Freizeit

SSC Ferienhäuser. Ob Erholung pur am Ossiachersee oder Mountainbiketouren und Wanderungen in Bad Gastein oder St. Anton am Arlberg, die acht gut ausgestatteten Ferienhäuser in ganz Österreich bieten ihren Gästen viele Möglichkeiten an.

Das **Ferien- und Seminarhaus St.Urban** liegt direkt am Ossiacher See und verfügt über einen eigenen Badestrand mit Badesteg. Die 38 Doppel- oder Familienzimmer sind mit DU/WC, Radio, SAT-TV, Tresor und Haartrockner ausgestattet.

INFO



Auskunft und Buchung

SSC Ferienhäuser:
Tel: 01/93000-33081
E-Mail: ferienhaus@oebb.at

GEWINNSPIEL



Wir verlosen einen **Aufenthalt für zwei Personen für drei Nächte inkl. Halbpension im Ferienhaus St.Urban am Ossiacher See.**

Der/die GewinnerIn erhält von vida einen Gutschein und vereinbart Zeit und Ort der Einlösung des Gewinnes mit SSC Reisen.

Beantworten Sie folgende Gewinnfrage: Wofür steht die Abkürzung SSC?

Antworten an:

vida/Pressereferat; Kennwort: „SSC Reisen“, Johann-Böhm-Platz 1, A-1020 Wien oder per E-Mail: zeitschrift@vida.at, Einsendeschluss: 15. Juli 2011

Aktion Gemeinderesolution Kommunale Grundversorgung sichern!

Gemeinden und Städte erfüllen Dienstleistungen, die für unser Leben notwendig sind. In den letzten Jahren haben die Gemeinden jedoch immer mehr Aufgaben übertragen bekommen, ohne das dafür notwendige Geld zu erhalten. Die Wirtschaftskrise hat die Finanznot zusätzlich verschärft. Die Allianz „Wege aus der Krise“, deren Mitglied vida ist, startet daher die Aktion „Gemeinderesolution“, die eine gerechtere Finanzie-

rung des Staatshaushaltes zur finanziellen Absicherung der Gemeinden fordert. Zum Beispiel, indem eine Vermögenssteuer und die Finanztransaktionssteuer eingeführt werden. Ziel ist es, dass möglichst viele Gemeinden diese Resolution unterschreiben.

Wie funktioniert es?

• Fordern Sie Ihren Gemeinderat und den/die BürgermeisterIn auf, die Resolution, zu unterschreiben! Zu finden auf

www.wege-aus-der-krise.at

• Informieren Sie uns, wenn Ihre Gemeinde die Resolution unterschrieben hat, unter der Email-Adresse presse@wege-aus-der-krise.at

INFO



Mehr Informationen zu der Aktion gibt es auf www.wege-aus-der-krise.at



NULL
Gebühren für Ihr
KONTO

www.sparda.at

SPARDAfon 0810/00 12 13

SPARDAbank
freundlich & fair

@ zeitschrift@vida.at

Schreiben Sie uns, wie Ihnen die vida-Zeitschrift gefällt.

- Wir freuen uns
- über Ihre Rückmeldungen,
 - über Tipps und
 - Anregungen.

Schreiben Sie ein E-Mail an:

zeitschrift@vida.at

Oder per Post an die:

Gewerkschaft vida
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Johann Böhm-Platz 1, 1020 Wien

Impressum

Herausgeber: ÖGB, Gewerkschaft vida, Johann Böhm-Platz 1, 1020 Wien

Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96 - 39744, Fax 01/662 32 96 - 39793,
E-Mail: renate.wimmer@oegbverlag.at, [www: http://www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at).

Hersteller: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Bickfordstraße 21

Herstellungsort: Neudörfel

Redaktionsteam dieser Ausgabe: Anna Daimler, Walter Darmstädter, Martina Fassler (Chefredaktion, mf), Hannes Hofbauer, Heinz Högelsberger, Hansjörg Miethling, Patrick Nikitser, Maria Ostermann, Matthias Schachner, Ines Schmied-Binderlehner, Reinhard Seiß, Rudolf Srba, Marion Tobola, Alice Wittig.

Grafik: Peter-Paul Waltenberger, ÖGB-Verlag.

Fotos Titelseite: Fotolia/Gladwin/beerhof/Eric Limon

Redaktionsadresse: Gewerkschaft vida, Johann Böhm-Platz 1, 1020 Wien,
zeitschrift@vida.at, Tel: 01/53444 79 265.

DVR-Nr.: 0046655. **ZVR:** 576 439 352

topinfo **vida**

www.vida.at

Verkehr

Seite 10-11

Soziale, Persönliche Dienste
und Gesundheitsberufe

Seite 12-13

Private
Dienstleistungen

Seite 14-15

Tourismusstudie

„Beim Ausbildungsstandard hinkt Österreich noch hinterher“

Wenig Lohn, viel Stress, keine Aufstiegschancen – Österreichs Tourismus ist nicht ohne Grund eine Fluchtbranche. Eine neue Studie von vida, AK Wien und IFES geht den Problemen der ArbeitnehmerInnen in der Branche auf den Grund.

Zu Themen wie den Zukunftsperspektiven des österreichischen Tourismus oder Marketingstrategien für das Land bzw. einzelne Regionen gibt es reichlich Studien und Veranstaltungen. Dabei kommen allerdings die ArbeitnehmerInnen der Branche entweder gar nicht oder allenfalls am Rande vor. Wenn sie vorkommen, dann in erster Linie als Problemfaktor aus Perspektive der Arbeitgeber.

Wissenschaftliche Basis. Gewerkschaft vida und Arbeiterkammer Wien schlagen nun eine andere Richtung ein: Die Branche wird in einer aktuellen Studie aus Sicht der Beschäftigten dargestellt. „Damit wollen wir die wissenschaftliche Basis für zielgerichtete Maßnahmen im Interesse der ArbeitnehmerInnen im Tourismus verbreitern“, erklärt Mitherausgeber Kai Biehl von der AK Wien.

Arbeitsklimaindex. Die Sonderauswertung des österreichischen Arbeitsklimaindex zeigt, dass die Tourismus-Beschäftigten gegenüber anderen Branchen in vieler Hinsicht unter erheblichen Nachteilen leiden: Ungünstige und familienfeindliche Arbeitszeiten, eine niedrige Entlohnung, die auch bei höheren Qualifikationen kaum Zuwächse verspricht, kaum Angebote für betriebliche Weiterbildung und so gut wie keine innerbetrieblichen Karriereperspektiven.

Auf und davon. „Es darf einen also nicht verwundern, dass im Tourismus mit rund einem Drittel doppelt so viele Beschäftigte wie in den anderen Branchen ihre berufliche Zukunft in einem anderen Betrieb oder überhaupt gleich in einem anderen Beruf sehen“, so das Resümee des Studienautors Georg Michenthaler vom Institut für Empirische Sozialforschung (IFES).

Geringes Einkommen. Im Tourismus treffen schwierige Arbeitsbedingungen wie hohe Stressbelastung auf geringe Entlohnung. Das durchschnittliche Einkommen im Tourismus beträgt rund ein Viertel weniger als das Durchschnittseinkommen der anderen Wirtschaftssektoren. Die Bindung zum Unternehmen ist dementsprechend gering, was dazu führt, dass der Tourismus von ArbeitnehmerInnen zunehmend als Übergangs- bzw. Fluchtbranche gesehen wird. „Dieser Trend wird anhalten, wenn sich an den Rahmenbedingungen und der Entlohnung nicht endlich etwas ändert“, warnt Rudolf Kaske, Vorsitzender der Gewerkschaft vida.

Ausbildungsstandard. Mit Blick auf die Beschäftigungsstruktur ergibt sich folgendes Bild: Im Tourismus arbeiten besonders viele Frauen (61 Prozent), unter 30-Jährige (42 Prozent), Menschen mit Migrati-



„Auf und davon“, denken sich viele angesichts der Rahmenbedingungen. Der Tourismus wird zunehmend als Übergangs- oder Fluchtbranche gesehen.

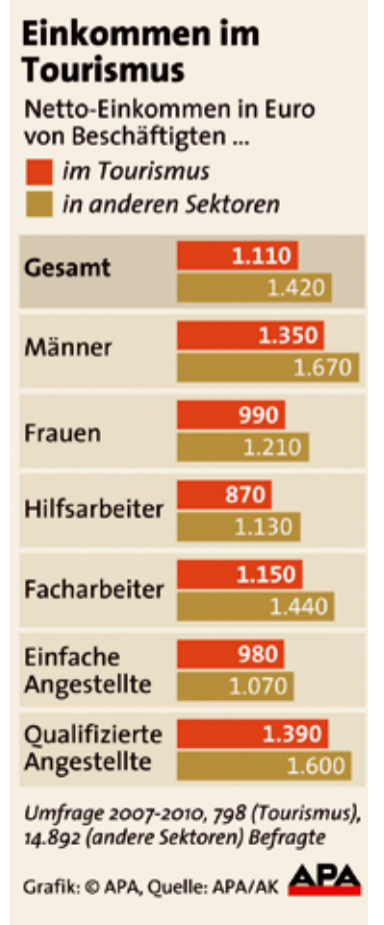
onshintergrund (30 Prozent) und Personen, deren höchste Schulbildung ein Pflichtschulabschluss (24 Prozent) ist. Eine Matura oder einen Hochschulabschluss haben nur etwa 15 Prozent der Tourismusbeschäftigten, in anderen Branchen sind es fast doppelt so viele. „Wir brauchen endlich eine taugliche Aus- und Weiterbildung im Tourismus“, fordert Kaske. Vor allem Fremdsprachen müssten zum Ausbildungsstandard gehören. Da hinke Österreich im Vergleich zu anderen Ländern hinterher.

Alarmsignal. Das fängt schon bei der Lehrlingsausbildung an: Die hohe Drop-Out-Rate von Lehrlingen und der oft frühe Ausstieg aus der Branche sind alarmierend. Die Gewerkschaft vida ist regelmäßig konfrontiert mit Lehrlingen, die ausgebeutet und nicht ausgebildet werden, sowie mit so genannten „Ausbildungsbetrieben“, in denen kaum ein Lehrling jemals das Ziel des

erfolgreichen Lehrabschlusses erreicht hat.

Nicht konkurrenzfähig. Der Tourismus hätte viel zu bieten für die ArbeitnehmerInnen, doch an der praktischen Umsetzung scheitert es oft. Es fehlt an modernen Berufsbildern, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten und Aufstiegschancen in den Betrieben. Dies sei jedoch notwendig, um anderen Branchen gegenüber konkurrenzfähig zu sein. „Viele Arbeitgeber setzen bereits an diesen Punkten an, denn sie wissen genau, dass sie sonst kein qualifiziertes Personal mehr finden“, weiß Kaske. Der vida-Vorsitzende appelliert an die Tourismuswirtschaft, die oft über Personalmangel klagt: „Unternehmen, die ihre MitarbeiterInnen wertschätzen, diese fair entlohnen und gute Arbeitsbedingungen bieten, haben auch kein Problem, Personal zu halten und finden.“

ines.schmied-binderlehner@vida.at





Kommentar

Die Rote Karte für „Möchtegern-Bahnversicherbler“



Foto: ÖGB-Verlag/Paul Sturm

Finanzministerin Fekter und die „Ex-Finanzminister KHG-Partei“ ÖVP haben sich in gewohnt überflüssiger Regelmäßigkeit wieder einmal polemisch-marktschreierisch mit ihrer Forderung nach einer Privatisierung der ÖBB zu Wort gemeldet. Dass die ÖVP kein Freund der EisenbahnerInnen ist, das wissen wir spätestens seit Kukacka und der schwarz-blauen ÖBB-Murks-Reform aus dem Jahr 2003. Mittlerweile dürfte diese Partei aber auch nicht mehr davor zurückschrecken, bar jeglicher gesamtgesellschaftlicher Verantwortung die ÖBB aus rein parteipolitischen Kalkül in ein AUA-Schicksal zu jagen.

Versorgungsauftrag. Der Begriff „Daseinsvorsorge“ ist der ÖVP offensichtlich unbekannt. Denn sonst müsste ihr hinlänglich bekannt sein, dass der Staat auch Aufgaben hat, die mit einem gesellschaftlichen Versorgungsauftrag verbunden sind. Dieser kann aber nicht nach rein gewinnorientierten marktwirtschaftlichen Überlegungen erfolgen - der Staat ist schließlich kein Unternehmen. Beim öffentlichen Verkehr geht es nämlich auch darum, dass täglich hunderttausende PendlerInnen an ihren Arbeitsplatz und wieder zurück nach Hause gelangen müssen - und zwar auch im ländlichen Raum und nicht nur auf gewinnbringenden Trassen wie der Westbahn.

Privatisierungswut. Der ÖVP kann nicht entgangen sein, wohin blinde Privatisierungswut schon geführt hat: Die Verschönerung der britischen Bahn hat zu einem desolaten und ausgedünnten Schienennetz, Preiserhöhungen, schweren Unfällen und letztlich zur Pleite der Betreibergesellschaft geführt. Die Folgen waren eine erneute Verstaatlichung der Bahn verbunden mit Kosten in der Höhe von 50 Milliarden Pfund für die SteuerzahlerInnen. Ministerin Fekter könnte sich auch auf Dienstreise nach Neuseeland begeben. Dort würde sie darin unterrichtet, dass die neuseeländische Bahn nach einem Privatisierungsdesaster wie in England zu einem ebenfalls sehr hohen Preis im Jahr 2008 wieder verstaatlicht werden musste.

„Verursacherprinzip“. Hanebüchene Vergleiche und Milchmädchenrechnungen der ÖVP in punkto ÖBB machen nicht vergessen, dass Privatisierung oft heißt, die Allgemeinheit zahlt für die Profite bzw. Verluste von nur wenigen Privaten. Den „Möchtegern-Bahnversicherblern“ muss endlich klar werden, dass sie weder speziell die ÖBB samt ihren Beschäftigten noch die ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen für die Finanzkrise zur Kasse bitten darf - sie soll gefälligst ihre Verursacher, die Spekulanten und Banken, in die Pflicht nehmen und uns endlich in Ruhe arbeiten lassen!

wilhelm.habertzettl@vida.at
Vorsitzender der Sektion Verkehr

Arbeitsmarktöffnung & Arbeitsplatz Straße

Seit 1. Mai 2011 ist der europäische Arbeitsmarkt „geöffnet“ - vida stärkte deshalb mit einer speziellen Veranstaltung das Bewusstsein für den Arbeitsplatz Straße

Ende Mai luden die vida-Landesorganisationen Burgenland und Steiermark zusammen mit dem EU-Projekt „Zukunft im Grenzraum“ (IGR) zur Veranstaltung „Die Arbeitsmarktöffnung und ihre Auswirkungen auf den Arbeitsplatz Straße“ ein. Dabei standen die beiden zentralen Themen „Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping – Kontrollen durch die Finanzpolizei und die Gebietskrankenkassen“ sowie „Umsetzung der Grundqualifizierung und Weiterbildung für BerufskraftfahrerInnen in Österreich und Ungarn“ im Mittelpunkt.

Rahmen & Gesetze. Die Einladung richtete sich neben den Gästen aus unserem Nachbarland Ungarn vor allem an VerantwortungsträgerInnen und InteressenvertreterInnen von österreichischen Institutionen, die im Bereich des Straßenverkehrs mit der Gestaltung von Rahmenbedingungen und der Analyse ihrer Auswirkungen (z. B. Übermüdung, Unfälle, Sozialdumping usw.), Erarbeitung bzw. der Überprüfung der Einhaltung von gesetzlichen Bestimmungen im Hinblick auf Sicherheit und Ausbildungsstandards der im Straßenverkehr Beschäftigten involviert sind.



Foto: Fotolia/stoflies

„Truckerleben“. Auch dass die zahlreichen TeilnehmerInnen wie BetriebsrätInnen aus dem Bereich Autobus und Güterbeförderung, VerkehrsexpertInnen der AK, VertreterInnen der KIAB (Kontrollgruppe für illegale Arbeitnehmerbeschäftigung), des Autofahrerclubs ARBÖ und des Kuratorium für Verkehrssicherheit (KfV), der Bundesprüfanstalt und des Bundesministeriums für Verkehr, Infrastruktur und Technologie (BMVIT) oder des Managements der ÖBB Postbus GmbH gerade in das ARBÖ-Fahrsicherheitszentrum Steiermark in Lundersdorf eingeladen wurden, war kein Zufall: Es wurden nämlich einige LKW-Züge und Autobusse bereitgestellt, um es allen Gästen zu ermöglichen, sich einmal selbst an das Steuer zu setzen, um einen tieferen Einblick in den harten und verantwortungsvollen Beruf der BerufskraftfahrerInnen gewinnen oder erahnen zu können, was es heißt, manchmal nächtelang in einer je nach Jahreszeit kalten oder heißen, engen Fahrerkabine eines Lkw übernachten zu müssen.

Bewusstsein schärfen. „Die BerufskraftfahrerInnen werden trotz ihrer anstrengenden, im Sinne der Sicherheit aller VerkehrsteilnehmerInnen erforderlichen höchsten Konzentration leider nur selten über dem Kollektivvertrag bezahlt“, gibt der vida-Bundessektionssekretär für Verkehr, Georg Eberl, zu bedenken. Es sei deshalb notwendig, das Bewusstsein für diesen Beruf weiter zu schärfen: „Mit verbesserten Rahmenbedingungen und höherer Bezahlung würden sich in Zukunft sicherlich mehr junge Menschen für die Ausbildung zum Berufskraftfahrer begeistern lassen“, ist Eberl überzeugt.

hansjoerg.miethling@vida.at

WEBTIPP

Infos zum EU-Projekt „Zukunft im Grenzraum“ (IGR) unter www.igr.at

VAEB Kärnten

Alles unter einem Dach

Seit Mai ist es nun soweit: Sozusagen als Kompetenzzentrum für die Anliegen von ArbeitnehmerInnen ist nun in Villach neben der Gewerkschaft vida auch das Zahnambulatorium und das Gesundheits- und Betreuungscenter (GBZ) der Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau (VAEB) sowie die Firma Wellcon mit der berufsorientierten Gesundenun-

tersuchung in einem Komplex am Hauptbahnhof zu finden. Eine optimale Ausgangslage für die beste Betreuung der ArbeitnehmerInnen.

Gesund & aktiv. Teil der Gesundheitsbetreuung ist auch die Philosophie, dass man nicht krank sein muss, um in das GBZ Villach zu kommen. Im Gegenteil: mit Ernährungs-, Bewegungs-,

Stress- und RaucherInnenberatung will man die Kärntner EisenbahnerInnen und BergarbeiterInnen dabei unterstützen, gesund und aktiv zu bleiben. Auch für DiabetikerInnen gibt es ein besonderes Gesundheitsprogramm. Der Volkskrankheit Diabetes möchte die VAEB nicht nur mit ihren Präventivleistungen entgegenwirken, sondern auch eine intensive,

dauerhafte und individuelle Betreuung der DiabetikerInnen schaffen und gewährleisten.

INFO

Neue Adresse GBZ und Wellcon in Kärnten:
Bahnhofplatz 1
9500 Villach
Tel: 050 2350-36600
www.vaeb.at

Nutzungsbezogene Versteuerung ab 2012 – Übergangslösung für 2011

Ab 1. Jänner 2012 stehen für die Versteuerung der a.t. Fahrbegünstigung zwei Varianten – Einzelfahrten- oder Pauschalversteuerung – zur Verfügung.

Rasches Handeln. Die Folgen waren jahrelange Berufungsverfahren und Verhandlungen mit den Finanzbehörden sowie den ÖBB und mündeten zuerst in einer monatlichen Pauschalbesteuerung in der Höhe von 20 Prozent einer Österreich-Card 2. Klasse (Wert: 1.790 Euro) als Bemessungsgrundlage für die Beschäftigten. Heuer haben die Finanzbehörden aber angekündigt, die Fahrbegünstigung mit 100 Prozent des Wertes einer ÖsterreichCard versteuern zu lassen, Nachzahlungen für die vorangegangenen Jahre drohten. Es musste deshalb rasch eine Übergangslösung für 2011 erarbeitet werden.

Die Ursache für die Versteuerung der a.t. Fahrbegünstigung als Sachbezug ist in der ÖBB-Reform 2003 begründet: Seit der Zerschlagung der ÖBB in einzelne Firmen durch die ÖVP-FPÖ-Koalition werden mit Ausnahme der ÖBB Produktion GmbH und der ÖBB Personenverkehr AG (nach wie vor keine Sachbezugsbesteuerung) die ÖBB-Unternehmen vom Gesetzgeber her nicht mehr als Beförderungsunternehmen anerkannt.

Druck durch Finanzbehörden. „Die ÖVP und das Finanzministerium lassen nichts unversucht, um wieder einmal gegen die EisenbahnerInnen vorzugehen“, kritisiert der stv. vida-Vorsitzende, ÖBB-Konzernbetriebsratsvorsitzender Wilhelm Haberzettl. „Es geht bei der Fahrbegünstigung einzig und allein um steuerrechtliche As-



a.t. Fahrbegünstigung: Trotz Drucks der Finanzbehörden konnte ab 2012 eine nutzungs-gerechte Versteuerung für Viel- und WenigfahrerInnen von vida erreicht werden.

Foto: ÖBB/Robert Deopito

Sachbezugsversteuerung ab 1. Jänner 2012

Wahlmöglichkeit für ÖBB-Beschäftigte

	Pauschalversteuerung	Einzelfahrtenversteuerung
Beschäftigte ¹⁾	20% der ÖC-Classic	10 Freifahrtscheine 1.Kl oder 14 Freifahrtscheine 2.Kl + Steuertickets mit km-Wert ⁴⁾ + Einzelfahrten zum VC Preis ⁵⁾
Familien ²⁾	20/100 % der ÖC-Familie	
EhepartnerIn	100 % der ÖC-Classic	
Jugendliche ³⁾	100 % der ÖC-Junior	

Anmerkungen zur Tabelle:

¹⁾ Beschäftigte: Bemessungsgrundlage 20 Prozent - Dienstfahrten und Arbeitsweg (Werksverkehr) werden berücksichtigt

²⁾ Die günstige ÖC-Familie gilt für Eltern mit mindestens einem Kind, versteuert werden 20 Prozent der ÖC Classic und der Differenzbetrag auf die ÖC-Familie mit 100 Prozent

³⁾ Jugendliche: Kinder zwischen dem 15. und 26. Lebensjahr

⁴⁾ Steuerticket (erst ab 1. 1. 2012 erhältlich): Bemessung km-Wert 0,105 € für die 1.Kl. oder 0,06 € für die 2.Kl.

⁵⁾ Einzelfahrten zum ermäßigten ÖBB-VorteilsCardpreis (ca. 50 Prozent Ermäßigung vom Normaltarif)

pekte. Dabei haben die Finanzbehörden den Druck derart erhöht, dass rasches Handeln gefragt war“, so Haberzettl. Oberstes Ziel von Gewerk-

schaft und Betriebsrat war es, hohe Nachzahlungen zu Lasten der Beschäftigten und PensionistInnen zu vermeiden sowie eine verbrauchsorientierte

Möglichkeit ab 2012 zu schaffen. „Was innerhalb des gesetzlichen Rahmens machbar war, haben wir hierbei voll ausgeschöpft“, betont Haberzettl.

Übergangsregelung ab 1. Juli 2011

Die Berechtigten haben die Möglichkeit, zwischen den **steuerfreien Freifahrtscheinen** und der **Pauschalversteuerung** (siehe Grafik) zu wählen oder auch ganz auf die a.t. Fahrbegünstigung zu verzichten. Ab 1. Juli 2011 steht vorerst nur eine eingeschränkte Wahlmöglichkeit als Übergangslösung zur Verfügung. Allen Beschäftigten wurden von den ÖBB deshalb Informationsschreiben und Antwortformulare zugesandt, womit automatisch eine Einreihung in die jeweils günstigste Besteuerungsvariante erfolgte. Auch die entsprechenden Berechtigungsmarken bzw. Freifahrtscheine wurden mit diesem Informationsschreiben bereits mitgeschickt.

Steuerfreie Freifahrtscheine. Im Regelfall ist im ÖBB-Formular für Beschäftigte und Familien mit Kindern unter 15 Jahren die in ihrem Fall weiterhin günstigere Pauschalversteuerung vorgeschlagen (siehe Grafik). Für die Angehörigen, wenn diese kinderlos bzw. Kinder über 15 Jahre sind, werden automatisch insgesamt 14 Freifahrtscheine (steuerfreie Sachzuwendung im Wert von 186 Euro) zugesandt. Diese gelten jeweils für eine frei wählbare Fahrt in der auf der Fahrbegünstigung eingetragenen Wagenklasse. Wird eine andere Art der Versteuerung als die von den ÖBB vorgeschlagene gewünscht, muss das Antwortformular entsprechend ausgefüllt an die ÖBB zurückgesendet werden. Zwischen den Möglichkeiten kann nur alle 12 Monate auf Ansuchen gewechselt werden.

Nachversteuerung 2011. Für das erste Halbjahr 2011 wird die abgabenrechtliche Behandlung des Sachbezuges vom Finanzamt neu aufgerollt. Sozialversicherungsbeiträge und Lohnsteuer werden neu ermittelt und mit den bereits bezahlten Beiträgen saldiert. Der sich ergebende Nachforderungsbetrag an Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträgen wird in sechs Teilbeträgen vom 1. Juli 2011 bis zum 1. Dezember 2011 einbehalten und an das Finanzamt abgeführt.

vida-Empfehlung. Notgedrungen wird das Jahr 2011 von der Übergangslösung geprägt. Daher sollten alle FahrbegünstigungsnutzerInnen, die keine Pauschalversteuerung gewählt haben, danach trachten, mit den Freifahrtscheinen auf langen Strecken das Auslangen zu finden, der Kauf einer Fahrkarte zum ermäßigten VorteilsCard-Preis ist für Kurzstrecken sinnvoll. Ab 1. Jänner 2012 wird es eine verbrauchsbezogene und gerechte Lösung mit dem Steuerticket (Einzelfahrtenversteuerung) geben. Dabei werden jene KollegInnen, die wenig fahren, auch sehr wenig an Steuern zahlen. KollegInnen, die mehr Fahrtenkilometer in Anspruch nehmen, werden mehr Steuern zu entrichten haben. Diese nutzungs-gerechte Variante – an Details wird noch gefeilt - ist aber erst ab Beginn des kommenden Jahres verfügbar, weil die technischen Voraussetzungen hierfür bei den ÖBB noch geschaffen werden müssen.

Weitere Informationen zur a.t. Fahrbegünstigung werden laufend auf www.vida.at zur Verfügung gestellt.

„Ordentliche Arbeitsverträge müssen sein“

Kommentar

Die Ausreden sind entlarvt



Foto: ÖGB-Verlag/Paul Sturm

Die Katze ist aus dem Sack! Es geht den Arbeitgebern doch nur um billige Arbeitskräfte. Mehr als drei Jahre hat vida mit dem zuständigen Fachverband in der Wirtschaftskammer über einen Kollektivvertrag für die KosmetikerInnen, FußpflegerInnen und gewerblichen MasseurInnen verhandelt. Stets hieß es von Arbeitgeberseite: Wenn im Gegenzug die Lehrzeit von zwei auf drei Jahren verlängert wird, sei man zum Abschluss eines Kollektivvertrages bereit.

Wir haben uns bewegt. vida war bei der Ausweitung der Lehrzeit anfangs skeptisch. Eine Verlängerung der Lehrzeit darf nicht dazu missbraucht werden, dass die Betriebe möglichst billige Arbeitskräfte haben. Es geht vielmehr um eine umfassende Fachausbildung für die Lehrlinge. Nach intensiven Gesprächen und Abstimmungen gelang eine inhaltliche Einigung bei der Reform der Berufsbilder für die KosmetikerInnen und die FußpflegerInnen. vida kann sich deshalb die Verlängerung der Ausbildung um ein Jahr vorstellen, sofern diese mit einer angemessenen Ausweitung der Berufsschulzeit verknüpft ist.

Wir sind für Qualität. Wir wollen die Berufsschulzeit auf insgesamt 1.400 Stunden ausweiten. Damit wäre sichergestellt, dass selbst Lehrlinge, deren Betriebe beim Ausbilden nicht die eifrigsten sind, das erforderliche Minimum an Fachkenntnissen erlangen.

Wofür sind die Chefs? Die Arbeitgeberseite lehnt die Ausweitung der Berufsschulzeit auf 1.400 Stunden ab. Sie blockiert damit weiterhin einen Kollektivvertrag für die gesamte Branche mit mehr als 5.000 Beschäftigten. Immer wieder erfahren wir von KosmetikerInnen und FußpflegerInnen, die zu einem Hungerlohn von 700 Euro für Vollzeit entlohnt werden. Wellness-Getue gegenüber den KundInnen, Geiz-ist-geil gegenüber den Beschäftigten, so scheinheilig agieren viele in der Branche.

Ans Licht bringen. Wir werden auf diesen Missstand nun verstärkt aufmerksam machen. Lange genug haben wir geduldig am Verhandlungstisch eine Lösung versucht, jetzt ist es Zeit für weiter gehende Aktivitäten. Denn die Beschäftigten verdienen einen Kollektivvertrag, der faire Löhne sichert und eine Ausbildung mit Qualität.

willibald.steinkellner@vida.at

Vorsitzender der Sektion Soziale, Persönliche Dienste und Gesundheitsberufe

Arbeit auf Abruf zur Abdeckung von Hilfstätigkeiten im OP-Bereich? Die BetriebsrätInnen der Wiener Vinzenz-Gruppe verlangen faire Arbeitsverträge auch für Aushilfskräfte, die Geschäftsführung scheint nun einzulenken.

Bei einer Operation ist nicht nur hochqualifiziertes Personal im Einsatz. Auch Hilfskräfte für einfachere Tätigkeiten werden benötigt. In den Wiener Krankenhäusern, die zur Vinzenz Gruppe gehören, wird diese Arbeit teils von MedizinstudentInnen erledigt. „Viele machen diese Arbeit, weil sie hoffen, dadurch leichter eine Turnusstelle zu bekommen, wenn sie mit dem Studium fertig sind. Auch diese Aushilfskräfte haben ein Recht auf einen ordentlichen Arbeitsvertrag“, sagt die Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft Wien der BetriebsrätInnen der Vinzenz-Gruppe, Helga Marinovic. Der Rahmendienstvertrag, der in den Krankenhäusern der Vinzenz-Gruppe bislang die Basis für die Beschäftigung dieser Aushilfskräfte war, verletzt gleich mehrfach das Arbeitsrecht – das meinen nicht nur die BetriebsrätInnen, sondern auch ArbeitsrechtsexpertInnen.

Arbeitszeit unklar. Hauptkritikpunkt ist, dass in dem Rahmendienstvertrag weder das Ausmaß noch die Lage der Arbeitszeit festgelegt ist. Wie viele Stunden



der oder die Beschäftigte arbeitet und wann, bleibt offen. Arbeit auf Abruf, also kurzfristig, je nach Bedarf des Arbeitgebers, ist in Österreich aber verboten.

Lohn zu niedrig. „Die Prüfung des Rahmendienstvertrages hat ergeben, dass die Aushilfskräfte unter dem kollektivvertraglichen Mindestlohn bezahlt wurden“, nennt Marinovic noch einen Mangel der Verträge. Obwohl der im Vertrag festgelegte Stundenlohn von 8,17 Euro den Mindestlohn für Operationsgehilfen in Privatkliniken bereits unterschreitet, sollten mit dem Lohn auch gleich alle sonstigen Ansprüche abgegolten sein. Zusätzliche Sonderzahlungen gibt es laut dem Vertrag nicht.

Ungültig. Selbst den Urlaub sah die Arbeitgeberseite mit dem Stundenlohn als abgegolten an. Diese Bestimmung ist aber schon deshalb unwirksam, weil der Urlaub bei einem aufrechten Dienstverhältnis nicht in Geld abgegolten werden darf; denn der Urlaub ist zur Erholung der Beschäftigten gedacht. Auch, dass die Entlohnung laut Vertrag nicht am Monatsende, sondern erst am Ende des darauf folgenden Monats erfolgt, entspricht nicht dem Arbeitsrecht.

Gemeinsam aktiv. „Wir BetriebsrätInnen aus den einzelnen Häusern der Vinzenz Gruppe sind

gut vernetzt und arbeiten eng zusammen“, sagt Helga Marinovic, die neben ihrer Tätigkeit als Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft der Wiener BetriebsrätInnen der Vinzenz-Gruppe zugleich Betriebsratsvorsitzende im St. Josef-Krankenhaus in Wien ist. Bei einem Termin im März haben die BetriebsrätInnen die Arbeitgeberseite aufgefordert, diese Missstände abzustellen. „Wir haben den Arbeitgebern dafür eine Frist bis Ende Juni gegeben“, erzählt Marinovic.

Positive Signale. Die Häuser haben mittlerweile bereits Veränderungen vorgenommen. Eines der betroffenen Krankenhäuser setzt nun für diese Hilfsdienste regulär beschäftigtes hausinternes Personal ein, ein anderes ist dabei, die schwammigen Rahmendienstverträge durch geringfügige Beschäftigungsverhältnisse zu ersetzen. „Dadurch gibt es weniger Aushilfskräfte, diese arbeiten aber zu besseren Bedingungen“, sagt Marinovic. Offen war bei Redaktionsschluss noch die Umstellung der Arbeitsverträge im St. Josef-Krankenhaus. „Ich erwarte mir, dass auch unsere Geschäftsführung rasch eine rechtskonforme Lösung für die Aushilfskräfte findet“, meint Betriebsratsvorsitzende Marinovic dazu.

martina.fassler@vida.at

Foto: Fotolia/Pixelot

VIEL GELEISTET. VIEL GEWONNEN.



vida und die Arbeiterkammer Wien haben auch heuer wieder Berufswettbewerbe für Lehrlinge im Friseur- sowie im Kosmetik- und Fußpflegegewerbe abgehalten. In Theorie und Praxis testeten die Jugendlichen ihr Können. Die Besten erhielten im Rahmen der feierlichen Siegerehrung am 22. Mai im ÖGB- und Gewerkschaftshaus Catamaran Preise verliehen. Weit wichtiger ist aber für alle Lehrlinge das Können, das sie im Rahmen ihrer Ausbildung erworben und beim Wettbewerb vorgezeigt haben.

Die Erstplatzierten

FriseurInnen
1. Lehrjahr
Katharina Aigner
und Barbara Lukic

2. Lehrjahr
Jennifer Hofer

3. Lehrjahr
Fatma Dursun

Kosmetik/Fußpflege
1. Lehrjahr
Jacqueline Willax

Fußpflege
2.+3. Lehrjahr
Katharina Millie

Kosmetik
2.+3. Lehrjahr
Nicole Fiala



Foto: vida

Datenschutz und Mitbestimmung

„Wir haben uns geeinigt“

Im Krankenhaus der Barmherzigen Schwestern in Wien wurden personenbezogene Beschäftigtendaten elektronisch verarbeitet, ohne dass es dafür eine Betriebsvereinbarung gab. Der Betriebsrat zog vor Gericht, die Geschäftsleitung lenkte daraufhin ein.



Datenschutz ist wichtig. Betriebsratsvorsitzende Elfriede Birke pochte - zurecht - auf den Abschluss einer Betriebsvereinbarung.

Wir lassen uns nicht papierln!“ Das war das Motto des Betriebsrats um Vorsitzende Elfriede Birke, als die Geschäftsleitung vergangenen Herbst nicht zum Abschluss einer Betriebsvereinbarung bereit war. Worum ging es? Im Krankenhaus der Barmherzigen Schwestern in Wien verwendet die Personalverwaltung das SAP-HR Programm, gekoppelt mit dem Dienstplanprogramm ALEX. Welche Daten auf diese Art erhoben und verarbeitet wurden, war für den Betriebsrat nicht nachvollziehbar. „Laut Gesetz ist der Abschluss einer Betriebsvereinbarung nötig, wenn ein Unternehmen personenbezogene Daten der Beschäftigten verarbeiten möchte, die über allgemeine Angaben zur Person hinausgehen“, erklärt Birke. Von den fünf Wiener Häusern der Vinzenz-Gruppe, zu der das Krankenhaus gehört, verfügten drei über eine derartige Betriebsvereinbarung. „Nur bei uns gab es Probleme, wir reichten deshalb vor Gericht eine Unterlassungsklage ein.“

Weihnachtsangebot. Im Oktober war der erste Verhandlungstermin, im Jänner sollte der nächste folgen. Knapp nach Weihnachten bot der Betriebsrat der Geschäftsführung an, noch einmal außergerichtlich über eine für beide Seiten akzeptable Lösung zu reden. Mit Erfolg. Bei den Verhandlungen, während derer das Gerichtsverfahren ruhte, einigten sich Betriebsrat und Arbeitgeber.

Klare Regeln. Im April wurde die Betriebsvereinbarung unterzeichnet. „Darin ist festgelegt, dass keine personenbezogene Auswertung über Krankenstände oder Fehlzeiten erfolgen darf und dass im elektronischen Personalakt nur allgemeine Daten enthalten sein dürfen“, erzählt Birke. Der Betriebsrat erhält zudem Einsicht, eine elektronische Leseberechtigung wird installiert. „Mittlerweile hat sich auch das Gesprächsklima zwischen uns und der Geschäftsleitung entspannt. Das ist gut, denn wir wollen ja kein Gegeneinander. Uns ging es einfach darum, die Rechte der Beschäftigten durchzusetzen“, sagt Birke.

Ärztarbeitszeit. Lange Dienste für ÄrztInnen sind in Krankenhäusern gang und gäbe, in den wenigsten handelt es sich aber um 32-Stunden-Dienste an einem Stück. „Rechtlich ist das zulässig. Einen Tag- und einen Nachtdienst zu machen und dann noch einmal acht Stunden Tagdienst, wie das bei uns zum Beispiel den TurnusärztInnen abverlangt wird, ist aber schon sehr belastend“, berichtet die Ärztvertreterin im Betriebsratsteam, Verena Kuchler. Sie verhandelt nun mit der Geschäftsleitung über kürzere Dienste für die TurnusärztInnen. Kurz vor Redaktionsschluss kam von Arbeitgeberseite das Angebot, die Dienste auf 26 Stunden umzustellen. „Wir werden diesen Vorschlag und die damit verbundenen Rahmenbedingungen gemeinsam mit vida nun überprüfen“, kündigen die BetriebsrätInnen an. Wenn alles korrekt ist, wird das neue Modell ab Oktober eingeführt.

martina.fassler@vida.at

Rechtsprechung

Ein Seniorenheim ist keine Ferienpension

Deshalb dürfen die Beschäftigten auch nicht nach dem Kollektivvertrag für das Hotel- und Gastgewerbe entlohnt werden, stellt der Oberste Gerichtshof in einem Urteil fest.

Es mag sein, dass die BewohnerInnen einer Seniorenpension hin und wieder ein Schnitzel serviert bekommen. Trotzdem ist die wirtschaftlich prägende Tätigkeit die Pflgetätigkeit und nicht die Verpflegung. Für die Beschäftigten gilt deshalb der BAGS-Kollektivvertrag, der für die Beschäftigten in privaten Gesundheits- und Sozialeinrichtungen vorgesehen ist, und nicht der Kollektivvertrag für das Hotel- und Gastgewerbe. So könnte man salopp das Urteil zusammenfassen, das der Oberste Gerichtshof in einem Streitfall gefällt hat.

Worum ging es? Eine Pflegehelferin, die von Februar 2005 bis

Jänner 2008 in einem Salzburger Seniorenheim beschäftigt war, zog vor Gericht, um die Anwendung der für die Pflegekräfte gültigen Entlohnungsregeln einzuklagen. Vor dem Mai 2006 wäre das der Mindestlohn für ArbeitnehmerInnen in sozialen Betrieben gewesen, seit Geltung des BAGS-Kollektivvertrages dieser Kollektivvertrag, argumentierte die Beschäftigte. Der Chef der Seniorenpension verwies darauf, dass er seinen Betrieb bereits seit 32 Jahren betreibt, Mitglied im Fachverband für das Hotel- und Gastgewerbe sei – und immer nach diesem Kollektivvertrag entlohnt habe. Auch die Wirtschaftskammer habe ihm bestätigt, dass die Entlohnung nach dem Hotel- und

Gastgewerbe-Kollektivvertrag in Ordnung sei.

Vorherrschende Tätigkeit. Die Seniorenpension stockte im Jahr 2000 die Bettenanzahl von 40 auf 63 auf, auch die Zielgruppe der Seniorenpension hat sich über die Jahre verändert. Überwiegend werden nun pflegebedürftige Menschen mit Pflegestufe 3 und höher betreut, rund die Hälfte der Beschäftigten ist im Pflegebereich beschäftigt. Neben PflegehelferInnen handelt es sich um diplomiertes Krankenpflegepersonal und eine Ärztin. Für den Obersten Gerichtshof alles klare Anzeichen dafür, dass es sich um einen Betrieb handelt, in dem die Pflgetätigkeit im Vordergrund steht.

WKÖ-Einstufung falsch. Grundsätzlich richtet sich die Kollektivvertrags-Einstufung eines Betriebes nach der Zuordnung durch die Wirtschaftskammer. Wenn diese Zuordnung fach-



Auch wenn dort für die BewohnerInnen gekocht wird, kann ein Seniorenheim nicht als Hotel- und Gastgewerbebetrieb ausgegeben werden.

lich falsch ist, gilt sie aber nicht. Selbst vor Bestehen des BAGS-Kollektivvertrages war die Entlohnung nach dem Hotel- und Gastgewerbe-Kollektivvertrag nicht korrekt. Der Betreiber hätte die Beschäftigten nach dem damals geltenden Mindestlohn für ArbeitnehmerInnen in sozialen Einrichtungen entlohnen müssen.

Wermutstropfen. So erfreulich das Urteil in der Sache ist, die Pflegehelferin wird voraussichtlich nur einen Teil der Lohndifferenz nachgezahlt bekommen. Denn im BAGS-Kollektivver-

trag gilt eine viermonatige Verfallsfrist. Diese war bei Einbringen der Klage bereits überschritten, ihre Ansprüche sind damit zum Teil verjährt.

martina.fassler@vida.at

WEBTIPP



Zum erwähnten Verfahren ObA 11/10 ist ein ausführlicher Beitrag in der Österreichischen Zeitschrift für Pflgerecht, Ausgabe 2/2011 erschienen. Infos zu der Zeitschrift unter www.pflgerecht.manz.at

Kommentar

Aus- und Weiterbildung als Chance begreifen



Foto: ÖGB-Verlag/Paul Sturm

Es gibt nur eines, was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung.“ Dieses Zitat des einstigen demokratischen Präsidenten der USA, John F. Kennedy, ist zeitlos und gleichzeitig aktueller denn je – Stichwort Bildungsreform, gilt aber auch für ArbeitnehmerInnen und Arbeitgeber.

Kein Interesse. Einen Lehrplatz zu finden, der Ausbildung und Praxis bietet, ist im Tourismus gar nicht so leicht. Die jungen Leute werden nicht selten als billige Küchenhilfen und Putzkräfte eingesetzt, anstatt sie ordentlich auszubilden. Beispiele dafür kennen wir zur Genüge – dasselbe gilt für PflichtpraktikantInnen. Kein Wunder, dass der Tourismus schon bei jungen Menschen als Fluchtbranche gilt, und viele Lehrstellen nicht mehr besetzt werden können, weil sich keine InteressentInnen finden.

Engagement. Umso mehr freut es mich, dass ich auch heuer wieder die Ehre hatte, den TeilnehmerInnen des Berufswettbewerbs persönlich zu gratulieren. Die jungen Leute haben ein großes Potenzial, ein enormes Engagement und eine Freude an der Arbeit an den Tag gelegt, die mich begeistert hat. Sich beruflich zu entfalten und seinen Job gerne zu machen, hat auch mit Förderung durch den Arbeitgeber zu tun. Das hat die hervorragende Performance der Lehrlinge bewiesen.

Chancen nutzen. Aber Bildung hört nicht mit dem letzten Schuljahr oder mit dem Lehrabschluss auf. Bildung geht weiter – auch weiter als bis zur Matura und bis zum Universitätsabschluss. Bildung begleitet uns alle ein ganzes Leben lang. Denn gute Ausbildung und ständige Weiterbildung sind die Basis für gute Chancen in der Arbeitswelt.

renate.lehner@vida.at

Bundessektionssekretärin
der Sektion Private Dienstleistungen

KV BAROMETER



✓ KV Wiener Hafen. Die kollektivvertraglichen Mindestlöhne und erstmals auch die IST-Löhne für die ArbeiterInnen im Wiener Hafen erhöhen sich um 2,4 Prozent. Die sich ergebenden Monatslöhne werden auf den nächsten ganzen Euro aufgerundet. Zusätzlich erhalten alle ArbeiterInnen eine Einmalzahlung in der Höhe von 600 Euro, welche mit der nächsten Lohnauszahlung fällig wird. Beim Jubiläumsgeld konnte eine rahmenrechtliche Verbesserung erreicht werden. Der Abschluss gilt rückwirkend ab 1. April 2011 für 12 Monate.

✓ KV BABE. Die Kollektivvertragsgehälter, die KV-Zulagen und die TAK-Entlohnung der Beschäftigten der privaten Bildungseinrichtungen werden um 2,6 Prozent erhöht. Die IST-Gehälter und Zulagen werden um 2,4 Prozent erhöht. Beim Rahmenrecht konnte das Verhandlungsteam wesentliche Verbesserungen erzielen. Zur Evaluierung der Verwendungsgruppeneinstufungen wird noch vor dem Sommer eine Arbeitsgruppe eingerichtet mit dem Ziel, Kriterien zur transparenten und fairen Einstufung zu entwickeln. Darüber hinaus erreichte das Verhandlungsteam die Lockerung des Konkurrenzverbotes für Teilzeitbeschäftigte. Die heurigen KV-Verhandlungen gestalteten sich sehr zäh. Nach der dritten Verhandlungsrunde war es notwendig, öffentliche Versammlungen der Beschäftigten durchzuführen, da ein fairer Abschluss nicht in Sicht war. Die Verhandlungen konnten nur durch weitere Versammlungen und Aktionen fortgesetzt werden. Eine Einigung wurde in der fünften Verhandlungsrunde erzielt, der Abschluss gilt rückwirkend ab 1. Mai 2011 für 12 Monate.

Hotel- und Gastgewerbe

Schlecht ausgebildet ins Berufsleben

„Zu viele Tourismus-Betriebe kommen ihrer Ausbildungsverpflichtung nicht nach. Lehrlinge werden oft als billige Arbeitskräfte gesehen“, kritisiert die Gewerkschaft vida und kann aktuelle Zahlen vorweisen.

Gewerkschaft vida und Arbeiterkammer überprüften im Rahmen des so genannten 3a-Verfahrens Hotel- und Gastgewerbebetriebe in Wien auf Ausbildungsqualität und Einhaltung der verpflichtenden Ausbildungsverbände. Das Ergebnis ist ernüchternd: Ein Drittel der Lehrverhältnisse wurde bereits aufgelöst, mehr als die Hälfte der Lehrlinge konnte noch keine Ausbildungsverbundmaßnahme absolvieren.

Ausbildungsvorschrift. Das Berufsbild eines Restaurantfachmanns bzw. einer Restaurantfachfrau ist breit gefächert, dazu gehört sehr viel Spezialwissen sowie ausreichend Praxis. Laut Ausbildungsvorschriften heißt es: Der Betrieb hat für die Ausbildung des Lehrlings zu sorgen und ihn selbst zu unterweisen oder durch geeignete Personen unterweisen zu lassen.

Qualitätssicherung. Um die Qualität der Lehrausbildung möglichst hoch zu halten und um sicherzustellen, dass auch Lehrlinge in kleineren Gastronomieunternehmen dem Berufsbild entsprechend ausgebildet werden, gibt es die so genannten Ausbildungsverbände. Bietet ein Betrieb etwa kein Frühstücksbuffet an, auch dessen Servicierung ist im Berufsbild vorgesehen, erhält der Lehrling diese Ausbildung in einem anderen Betrieb des Ausbildungsverbundes.

Theorie und Praxis. „So weit zur Theorie, die Praxis sieht leider oft anders aus“, weiß vida-Bundesfachgruppensekretär Robert Maggale aus Erfahrung, die bestätigt wurde: Von



Die Qualität der Lehrausbildung zählt für das weitere Berufsleben der jungen Leute.

Foto: Fotolia/Eric Limon

November 2010 bis März 2011 wurde von Seiten der Gewerkschaft vida und der Arbeiterkammer eine Schwerpunktaktion gesetzt. Insgesamt wurde in 75 Betrieben in Wien die Einhaltung der gesetzlichen Ausbildungsbestimmungen überprüft.

Hohe Fluktuation. Von den 137 Lehrverhältnissen waren zum Zeitpunkt der Überprüfung bereits 42 Lehrverhältnisse, also fast ein Drittel, wieder aufgelöst. „Dieser Wert bestätigt die hohe Fluktuation in der Branche auch bei den Lehrlingen“, so Maggale. Von den überprüften Lehrverhältnissen waren bei nur 25,2 Prozent die vorgeschriebenen Ausbildungsverbundmaßnahmen bereits durchgeführt worden. Bei 18,9 Prozent der Lehrverhältnisse waren Teile des Ausbildungsverbundes absolviert worden. Mehr als 50 Prozent der Lehr-

linge haben zum Zeitpunkt der Überprüfung keine einzige Lehrlingsverbundmaßnahme absolvieren können.

Billige Arbeitskraft. „Viele Arbeitgeber drücken sich vor ihrer Ausbildungsverpflichtung. Wir wollen aber nicht, dass die Lehrlinge nur als billige Arbeitskräfte gesehen werden und zu Teller- und Gläserträgern degradiert werden. Das hat nichts mit einer ordentlichen Ausbildung zu tun“, kritisiert Rudolf Kaske, Vorsitzender der Gewerkschaft vida. Die Qualität der Lehrausbildung sei auch wichtig für das weitere Berufsleben der jungen Leute. Aufgrund des schlechten Abschneidens vieler Betriebe wird es nun weitere Überprüfungen geben, auch Gespräche mit der Lehrlingsstelle sind vorgesehen.

ines.schmied-binderlehner@vida.at

Konsequenzen durch falsche Einstufung

vida geht nach eineinhalb Jahren seit dem letzten KV-Abschluss mit einem umfangreichen Forderungspapier in die Verhandlungen: Die Missachtung der Arbeitgeber bei der Verwendungseinreihung war ausschlaggebend.

Die Gewerkschaft vida setzte sich bereits in der Vergangenheit vehement für eine Regelung zur richtigen Einstufung von Beschäftigten ein, denn sehr häufig werden ArbeitnehmerInnen aus dem Sicherheitsgewerbe in einer niedrigeren, weil billigeren, Verwendungsgruppe eingestuft. „Aufgrund negativer Erfahrungen in den letzten eineinhalb Jahren, was die Verwendungseinreihung, aber auch Themen wie Mindestentlohnung betrifft, reagierte der Ausschuss Sicherheitsdienste und präsentierte ein umfangreiches Forderungspapier für die Lohnverhandlungen 2011“,

erklärt Ausschussvorsitzender Johann Schwabegger, ÖWD.

Missachtung. Im Zuge der KV-Verhandlungen 2010 erreichte vida bereits eine Sozialpartnervereinbarung: Der zuständige Fachverband der Wirtschaftskammer sagte zu, auf Arbeitgeberseite verstärkt darauf zu achten, dass eine korrekte Einstufung vorgenommen werde. „Mit wenig Erfolg“, wie die stv. Ausschussvorsitzende Natascha Hartl, G4S, berichtet. Im Fall einer Missachtung durch die Arbeitgeber wurde schon damals auf die Konsequenzen bei den KV-Verhandlungen 2011 hingewiesen.

Voller Lohnausgleich. Von den GewerkschaftsverhandlerInnen wird nun genau an diesem Punkt angesetzt: „Anlass ist die sehr häufige Verwendungseinreihung in Verwendungsgruppe A statt B1 Service. Das Arbeitsbild des Wachdienstes muss daher stark reduziert werden. Wir fordern die wöchentliche Höchstarbeitszeit inklusive verlängerter Normalarbeitszeit von 54 auf 48 Stunden zu verkürzen und dies mit vollem Lohnausgleich“, präzisiert vida-Bundesfachgruppensekretär Jakob Grumbach. Weiterer Schwerpunkt in den kommenden Verhandlungen wird die für ArbeitnehmerInnen unbefriedigende Eigeninterpretation der Lohnordnung § 21 von Seiten der Arbeitgeber sein. Hier präsentiert die Gewerkschaft eine völlige Neufassung.

Schiefelage. „Uns ist durchaus bewusst, dass die aktuellen Verhandlungen nicht einfach sein werden, allerdings gibt es aus



Foto: Fotolia/WoGi

Die Verwendungseinreihung in der Bewachung ist Konfliktpunkt bei den heurigen KV-Verhandlungen.

unserer Sicht keine Alternative, um die derzeitige Schiefelage zu beseitigen“, zeigt auch die zweite stv. Ausschussvorsitzende Manuela Jauk, Securitas, Entschlossenheit. Um auch im Konfliktfall stark und geschlossen auftreten zu können, sei gerade zu diesem Zeitpunkt solidarisches Verhalten der Beschäftigten notwendig. „Je mehr Mitglieder, umso besser kann die Gewerkschaft agieren

und die Interessen der ArbeitnehmerInnen der Branche vertreten“, appelliert Grumbach an alle Beschäftigten in der Bewachung. Die erste Verhandlungsrunde in der Bewachung fand Anfang Juni statt – eine Einigung konnte dabei nicht erzielt werden. Mitte Juni werden die Verhandlungen fortgesetzt.

ines.schmied-binderlehner@vida.at

Lehrlinge

Übung macht den Meister



Berufswettbewerb 2011: In den Schulküchen dampften die Kessel ...

Der heimische Gastronomienachwuchs ritterte beim alljährlichen Berufswettbewerb um die Stockerlplätze. vida gratuliert den GewinnerInnen!

Wie jedes Jahr führte die vida Jugend gemeinsam mit der Arbeiterkammer Wien den Berufswettbewerb für den Gastronomie-Nachwuchs durch. Die Lehrlinge stellten dabei ihr praktisches Können und Fachwissen unter Beweis – zwei wichtige Voraussetzungen

für die Lehrabschlussprüfung. Unter den strengen Augen der Expertenjury aus Wirtschaft und Ausbildung zeigten die JunggastronomInnen in der Berufsschule für das Gastgewerbe in Wien 12 ihr Können.

ines.schmied-binderlehner@vida.a

GewinnerInnen 2011



Hotel- u. GastgewerbeassistentInnen

- 1. Lehrjahr:**
1. Ricky Finern
2. Selina Brem
3. Henning Chomse

- 2. Lehrjahr:**
1. Sandra Gruber
2. Nadine Faimann
2. Lisa Kristek

- 3. Lehrjahr:**
1. Jennifer Nemeth
2. Jennifer Fröhlich
3. Carina Rotter

Koch/Köchin

- 1. Lehrjahr:**
1. Dalia Kasmociute
2. David Mothwurf
2. James Gutierrez

- 2. Lehrjahr:**
1. Julian Lubinger
2. Jakob Gotthart
3. Alexander Grass

3. Lehrjahr:

1. Abiatar Sacadat
2. Mario Gattiner
3. Daniel Spiegel

Restaurantfachleute

- 1. Lehrjahr:**
1. Elisabeth Fasching
2. Judith Zagler
3. Jacqueline Taupmann

2. Lehrjahr:

1. Mario Böhm
2. Nora Pein
3. Edith Kato

3. Lehrjahr:

1. Bianca Mitzl
2. Astrid Fähnrich
3. Yusuf Iqbal

SystemgastronomInnen

- 1. Lehrjahr:**
1. Marie-Teres Janca
2. Sara Usic
3. Pascal Sitter

2. Lehrjahr:

1. Lisa Pointner
2. Sandra Kaldaras
3. Flavius Lapadat

3. Lehrjahr:

1. Patricia Ballwein
2. Alina Tanase
3. Alexandra Jexenflicker

Doppellehre Gastronomiefachfrau/-mann

- 2. Lehrjahr:**
1. Jasmin Vacha
2. Sebastian Sedlak
3. Felix Grundschober
3. Patrick Lang

4. Lehrjahr:

1. Manuel Kaincz
2. Janine Rebitschek
3. Melanie Prankl

**Menschen
bei vida**



**Peter
Traschkowitsch**
ist seit 2005 bei
der Gewerkschaft
vida.

Der Weg zu vida. Seine Karriere als Personalvertreter begann der gelernte Großhandels- und Speditionskaufmann bei den ÖBB. Seit 2008 ist er stellvertretende Konzernbehindertenvertrauensperson. Bei der Gewerkschaft vida ist Peter seit 2009 Projektleiter für das Projekt „Tatort Arbeitsplatz“. „vida bietet nicht nur konkrete Rechtsberatung im Fall von Gewalt im Betrieb, sondern setzt auch in Zusammenarbeit mit dem Be-

triebsrat präventive Maßnahmen zum Erhalt der Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten um“, erklärt der 50-Jährige.

Der berufliche Alltag. Peters Alltag ist eine Mischung aus organisatorischen Tätigkeiten und Beratungsgesprächen in Sozial- und Behindertenfragen. „In den letzten Wochen war ich vor allem an der Mitorganisation des 21. Sportfestes für Menschen mit Behinderung betei-

ligt und jetzt widme ich mich wieder dem Projekt Tatort Arbeitsplatz“, erzählt Peter.

Wie ich entspanne. Neben dem regelmäßigen Besuch des Fitnessstudios nimmt sich Peter bewusst die Zeit zum Ausspannen. „Auch einmal am Tag herzlich zu lachen, kann befreiend wirken“, meint der gebürtige Wiener schmunzelnd.

peter.traschkowitsch@vida.at

Stand-Weitsprung und Sitzball

Ende Mai fand das 21. Sportfest für Menschen mit Behinderung in Wien statt.

Strahlender Sonnenschein – so präsentierte sich das Wetter am Wettkampftag im Sportcenter Donaacity in Wien-Donaustadt. Rund 80 SportlerInnen waren am 31. Mai 2011 gekommen, um sich im sportlichen Wettkampf zu messen und gemeinsam den Spaß an der Bewegung zu genießen. Die TeilnehmerInnen sind durch einen Freizeit- oder

Arbeitsunfall versehrt oder leben von Geburt an bzw. aufgrund einer schweren Erkrankung mit einer Behinderung. Bei den Bewerben Kugelstoßen, Schlagball, Stand-Weitsprung, 60 Meter-Lauf, 400 Meter-Lauf, Rollstuhlzeitfahren, Sitzball und Tischtennis nahmen auch KollegInnen der Deutschen Bahn AG teil. Sogar ein Olympiasieger im Tischtennis konnte herausgefordert werden. Andreas Vevera holte die Goldmedaille bei den Paralympics 2008 in Peking, den Olympischen Spielen für Menschen mit körperlicher Behinderung.



Mehr über das Sportfest... und Fotos finden Sie im Internet unter www.vida.at oder kontaktieren Sie den Konzernbehindertenvertreter bei den

ÖBB und Behindertenvertreter der Gewerkschaft vida Roman Wohlgemuth: Tel.: 01/53 444 79-595, E-Mail: roman.wohlgemuth@vida.at

INFO



Im Herbst startet eine neue Kooperation zwischen Menschen mit Behinderung in der vida und der ÖBB-Landwirtschaft (BBL): Ziel ist es, mehr Bewusstsein für den hohen Stellenwert der Erholung nach Arbeits- und Freizeitunfällen in der grünen Natur der Kleingärten der BBL zu schaffen. Dazu und zum Schwerpunkt barrierefreier Kleingärten wird es ab September auch einen Foto- und Ideenwettbewerb geben. Die besten Vorschläge werden mit zahlreichen Preisen prämiert.

Näheres dazu erfahren Sie in der Herbstausgabe der vida-Zeitschrift.

ÖBV
Meine Versicherung

ServiceTel: (kostenlos)
0800/20 11 30
mail@oebv.com

www.oebv.com

Schönen Urlaub ...

... und einen erholsamen Sommer
wünscht Ihre ÖBV!



Mit der ÖBV durchs Leben